Einzelpreis 30 Pfg. · 3. Jahrgang

Freitag, 8. Oktober 1920

Nummer 424 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4518 4803, 4635, 4649, 4821.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Schlag gegen die Berliner Arbeiterschaft

Provokation!

Das Attentat auf die sozialistische Arbeiterschaft in Groß-Berlin ist erfolgt. Die preußische Landesversammlung hat gestern mit 161 gegen 123 Stimmen das Groß-Berliner Ausnahmegesetz angenommen. Es soll sofort verkündet werden und somit Gesetzeskraft erhalten. Die Demokraten bis zu den Deutschnationalen machten geschlossen von ihrer parlamentarischen Macht Gebrauch. Sie redeten nicht mehr, um so schnell wie möglich ihre Beute in Sicherheit zu bringen.

Noch einmal setzte die Unabhängige Fraktion dem Feldzug gegen das Berliner Proletariat heftigen Widerstand entgegen. Abgeordneter Kilian (U. S. P.) geißelte unter steigenden Wutausbrüchen der Bürgerlichen und unter lebhafter Zustimmung unserer Genossen die reaktionäre Diktatur dieses Parlaments, das immer frecher und unverschämter sein Haupt erhebe. Er wies darauf hin, daß die Arbeiterklasse den bürgerlichen Parlamenten seine ökonomische Macht mit aller Entschiedenheit entgegensetzen müsse. Abgeordneter Heilmann (S. P. D.) suchte zunächst unsere Genossen gegeneinander auszuspielen, um von der Tatsache abzulenken, daß seine Partei durch Ablehnung aller Obstruktionsversuche der Unabhängigen den reaktionären Parteien Hebammendienste leiste. Er erklärte diesen Parteien, daß seine Freunde bei Besetzung der Bezirksämter die Demokratie wahren wollten, wenn die anderen Parteien das Gleiche tun. Er mahnte noch einmal Demokraten und Zentrum, abzulassen von ihrem törichten Bemühen, daß nur den Unabhängigen guten Agitationsstoff im Lande gebe.

Das nagelte Genosse Leid gebührend fest. Heilmann habe nach dem bekannten Rezept gearbeitet: Haltet den Dieb! um die Aufmerksamkeit von der blamablen Rolle seiner Partei abzulenken. Leid widerlegte die Behauptung Heilmanns und des Herrn Dominicus, er habe im Ausschuß nicht gegen die Nichtbestätigung der Stadträte protestiert. Im übrigen sei für uns die Sache eine politische Frage und nicht eine solche um einige Stadträte.

Abgeordneter Dr. Leidig von der Deutschen Volkspartei und Abgeordneter Dominicus (Demokrat) gaben die von Heilmann verlangte Erklärung ab, daß auch sie nach den Grundsätzen der Demokratie bei Besetzung der Bezirksämter verfahren würden. Beim Paragraphen 2 ging Genosse Ludwig nochmals ins Treffen. Er wies auf die Doppelzüngigkeit der bürgerlichen Parteien hin, die die Demokratie je nach der Konjunktur bemessen, wenn es für sie Vorteile zu ergattern gilt. Ein Antrag auf Schluß der Debatte, der von den Rechtssozialisten unterstützt wurde, machte weiteren Ausführungen ein Ende. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Paragraph 1, der von den Unabhängigen gestellt war, erhielt nur die Unterstützung unserer Genossen, die Rechtssozialisten lehnten ihn ab, wodurch der Antrag nicht die nötigen 30 Unterschriften fand. Nur die Gesamtabstimmung war eine namentliche. Noch jetzt wäre es möglich gewesen, das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern, wenn die Rechtssozialisten bereit gewesen wären, sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen und den Saal zu verlassen. In diesem Falle wäre das Haus beschlußunfähig geworden. Durch diese Haltung war das Schicksal des Gesetzes entschieden. Die Rechtssozialisten blieben in dem Saal, stimmten zwar mit Nein, verhalfen aber durch ihr Verbleiben im Saal diesem Ausnahmegesetz zur Annahme.

*

Der Kampf im Parlament ist zu Ende. Die zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mittel sind erschöpft. Wenn sie nicht restlos ausgenutzt werden konnten, so tragen die Rechtssozialisten daran schuld, die so schnell wie möglich den gesetzlosen Zustand beseitigt sehen wollten, anstatt den bürgerlichen Parteien die Verantwortung für die von ihnen selber geschaffenen unerträglichen Zustände zuzuschieben. Sie betrachten den ganzen Kampf lediglich vom Standpunkte des Rechenstifts und ließen den Machtkampf, um den es sich in Wirklichkeit handelte, völlig außer acht. Sie machten sich Sorge, daß die Demokratie nur nicht verletzt werde und waren von dem Verhalten ihrer eigenen Freunde im Berliner Rathause durchaus nicht erbaut. Von diesem Gesichtspunkte ist auch ihre Haltung zu bewerten, die sie zu den außerparlamentarischen Mitteln einnahmen. Der Kampf im Parlament kann nur dann erfolgreich sein, wenn er außerparlamentarisch gestützt wird. Wer allerdings, wie Herr Heilmann, der Meinung ist, daß das Preußenparlament eine „souveräne" Körperschaft ist, der wird nie zu einem energischen außerparlamentarischen Kampf zu haben sein. Deshalb auch der Widerstand gegen das brennende Verlangen breiter Arbeiterkreise, um das Zustandekommen dieser Rückwärtsrevidierung, wie selbst der volksparteiliche Abgeordnete von Richter sich ausdrückte, zu verhindern. Sie sehen nicht, daß diesem Anfang weitere Provokationen folgen müssen.

Dazu kommt, daß die Arbeiterschaft Groß-Berlins durch die mit so großer Heftigkeit geführten parteipolitischen Debatten der letzten Wochen, von den großen Problemen, die das Proletariat stark berühren, abgelenkt worden ist, wodurch der Reaktion ihr Spiel sehr erleichtert wurde. Weite Kreise des Proletariats wurden sich nicht genügend bewußt, wie sehr es durch die Reaktion entrechtet wird. Parolen, die von der K. P. D. in diesem Kampf hineingeworfen wurden, wie die Wahl politischer Arbeiterräte, waren zudem nicht geeignet, das Berliner Proletariat zu der großen einheitlichen Aktion kommen zu lassen, die der frechen Herausforderung der Reaktionäre in Preußen entgegengesetzt werden müßte. So zeigt sich, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit, das Attentat abzuwehren und das Proletariat zu neuen Kämpfen weiterzuführen, nicht genügend vorhanden war und daß die beklagenswerte Zerklüftung des Berliner Proletariats unseren Gegnern die Arbeit so sehr erleichtert hat.

Sie triumphieren heute. Wie lange? Solange, bis der Arbeiterschaft erneut eingehämmert wird, daß sie sich nicht zerfleischen darf, sondern daß sie Macht braucht, und daß sie sich zu entschlossenem Handeln einmütig zusammenfinden muß. Hier den Hebel anzusetzen, muß die Aufgabe der nächsten Zukunft sein. Auf die Dauer werden unsere Gegner nicht triumphieren. Die sozialen und politischen Zustände müssen das Proletariat fest zusammenschweißen, der geschlossenen Front unserer geschworenen Feinde muß das Proletariat seine politische und ökonomische Macht entgegensetzen, um die Zwingburgen der Reaktion auf allen Gebieten niederzureißen. Mehr wie je gilt es, auf der Wacht zu sein in fest geschlossener, einmütiger Front.

Der Sitzungsbericht

Abg. Kilian (USP.)

Wer den heute vorliegenden von bürgerlicher Seite gestellten Anträgen zustimmt, beteiligt sich an einem unerhörten Anschlag auf das Grundrecht der Groß-Berliner Bevölkerung zur Selbstbestimmung in den Fragen der Gemeindeverwaltung, beteiligt sich an einem frechen Attentat auf die Grundrechte des preußischen Staatsbürgers überhaupt. (Sehr richtig! b. d. U. S.) Die bürgerlichen Parteien sind ein beispielloser Skandal in der Geschichte des Parlamentarismus. (Beifall b. d. U. S. Lärm rechts.) Niemals, selbst nicht in den Zeiten vor der Revolution, ist ein solcher Fall vorgekommen wie der gegenwärtige, daß von einem Parlament die Abänderung eines eben beschlossenen Gesetzes verlangt wird, noch ehe es in Kraft getreten ist. Wenn es sich darum handelte, Schäden für die Sache zu verhindern, die das Gesetz betrifft, oder Fürsorgemaßnahmen zu treffen, damit der Sinn eines beschlossenen Gesetzes klar zum Ausdruck gebracht wird, gegenüber anders gerichteten Tendenzen oder Möglichkeiten, mit denen man vorher nicht rechnen konnte, dann wäre eine neue gesetzgeberische Aktion verständlich und auch zu rechtfertigen. Niemand erkennt die Notwendigkeit, daß die Gesetze des Staates mit den Bedürfnissen der Gegenwart in vollkommenem Einklang stehen müssen, so an, wie die Unabhängige Sozialdemokratie und deshalb hat sie beispielsweise auch in der Vergangenheit mit aller Kraft für die Beseitigung des dreiklassigen preußischen und des Gemeindewahlrechts gearbeitet. Aber darauf kommt es in den bürgerlichen Parteien, die die heute zur Schlußberatung und Entscheidung stehenden Anträge eingebracht haben, garnicht an. Für sie handelt es sich nicht um die Durchsetzung idealpolitischer Dinge, sondern die bürgerlichen Parteien wollen ihrer gegenwärtig auf Grund einer lange zurückliegenden Wahl gegründete im Parlament zum Ausdruck gelangende Macht benutzen, um

krasseste reaktionärpolitische Interessen

zu vertreten. (Sehr richtig b. d. U. S.) Sie machen den Versuch, die im Schwinden begriffene Macht des kapitalistischen Bürgertums auf Politik und Verwaltung, auf außergesetzlichem Wege sicherzustellen. (Sehr wahr! b. d. U. S.)

Die Anträge zur Abänderung des Gesetzes Groß-Berlin bedeuten nicht mehr und nicht weniger als einen Versuch, ein rechtmäßig zustande gekommenes Gesetz aufzuheben, einen Versuch, den klaren Sinn eines klaren Gesetzes zu fälschen, einen Versuch, die Mehrheit einiger Parlamentsmandate zu benutzen, um die vom Volke durch die Revolution errungenen Freiheiten aufzuheben, einen Versuch, ein

Ausnahmegesetz gegen die preußischen Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit

zu schaffen. Denn daß die bürgerlichen Parteien nicht haltmachen werden im Gebrauch ihrer Macht in der Richtung auf Rechtlosmachung der Arbeiter in den Gemeinden, wenn es ihnen gelingt, die Anträge für eine Novelle für Groß-Berlin durchzudrücken, daß sie vielmehr auch das zukünftig zu gestaltende neue Gemeinderecht mit dem Geiste der Reaktion zu erfüllen versuchen werden, daß sie ihre Macht gebrauchen werden, um dem Bürgertum neue Vorrechte in den Gemeinden zu sichern, das ist gewiß. Der kürzlich hier vom Hause in erster Lesung verabschiedete Gesetzentwurf, das Gemeindewahlrecht für Helgoland, hat gezeigt, daß der von der Revolution erschlagene Gedanke des Klassenwahlrechts zur Bevorrechtung der Besitzenden wieder lebendig geworden ist und sich durchzusetzen versucht. Hier gilt das Wort:

Wehret den Anfängen!

Gegen diese schwarzen Pläne der Reaktion müssen und werden sich die breite Masse des Volkes auflehnen, und es wird sie zu verhindern haben und wird sie zu verhindern wissen. (Sehr richtig! b. d. U. S.)

Wer die Triebkräfte und Beweggründe, die die bürgerlichen Parteien zur Einbringung ihrer Abänderungsanträge für Groß-Berlin veranlaßt haben, bisher noch nicht klar erkannt hatte, brauchte nur einen Blick in die Berliner Rechtspresse der letzten Tage zu werfen, um zur Klarheit und Gewißheit über die Tendenz der Anträge zu gelangen. Was beispielsweise die „Deutsche Tageszeitung", dieses noch immer nach der Methode der politischen Pferdeknechte vom Schlage eines Oldenburg-Januschau geleitete Blatt in seiner Nummer vom 1. Oktober abends zur Frage Groß-Berlin geschrieben hat, das ist eine Unverschämtheit einerseits, aber es ist goldigste Rücksichtslosigkeit und brutalste Offenherzigkeit zugleich. (Sehr richtig! b. d. U. S.) Wenn letzten Endes die „Tageszeitung" die Bedeutung des finanziellen Effektes hervorhebt, so zeigt sie damit das wahre Gesicht ihrer Freunde, zeigt sie die wahre Tendenz der Bestrebungen auf Zertrümmerung des eben beschlossenen Groß-Berlin, deckt sie die tiefsten Ursachen des unerhörten Vorgehens der bürgerlichen Parteien gegen das sozialistische Berlin auf:

Man will den Geldbeutel der Besitzenden schützen,

man will ihn nicht nur schützen, sondern schonen, man hindert materieller Vorteile willen ein Kulturwerk, daß der Gesamtheit dienen soll und dienen wird. Um das Gelingen erbärmlich egoistischer Absichten auch für die Zukunft zu sichern, deshalb tritt man das Recht, das sich das Volk selbst erobert hat, mit Füßen. Was heute hier geschehen soll, war in der Geschichte des Parlamentarismus überhaupt noch nicht da: Man mutet diesem Parlament zu, sich selbst zu kastrieren. (Lebh. Sehr richtig! b. d. U. S.) Denn auf nichts anderes läuft das Bestreben der bürgerlichen Parteien hinaus: daß diese Versammlung erklären würde, sie mache in unverantwortlicher Weise Gesetze, sie mache Gesetze, die so große Gefahren in sich bergen, daß sie noch vor ihrem Inkrafttreten geändert werden müßten.

Eigentlich könnte man das Verhalten der Mehrheit dieses Hauses nur begrüßen. Denn ihre Methode bringt den Massen des Volkes zum Bewußtsein, was von den bürgerlichen Parteien und vom Parlament nicht erwartet werden kann. (Sehr gut! b. d. U. S.) Den Leuten mit dem Köhlerglauben, daß eine gesunde Fortentwicklung der Politik auf der Grundlage des bürgerlichen Parlamentarismus möglich wäre, werden durch solche Methoden die Augen geöffnet und sie werden erkennen, daß ihr Heil nicht im Parlament liegt (Zurufe: In Moskau!), jawohl, und daß die

Arbeiterklasse auf ihre eigene Kraft angewiesen ist.

(Sehr richtig! b. d. U. S.) Hier aber steht erhebliches auf dem Spiele, etwas, das der gesamten Arbeiterschaft Veranlassung geben muß, den schärfsten Widerspruch zu erheben, alle Kräfte des Widerstandes einzusetzen und alle Widerstände mobil zu machen. Das Recht des Volkes zur Selbstregierung, der Gedanke der freien Selbstverwaltung soll gemeuchelt, ein **Ausnahmegesetz gegen die Kulturarbeit der Sozialdemokratie** erhoben werden, und dagegen erheben wir flammenden Protest. (Beifall b. d. U. S.)

Es ist ein Schauspiel für Götter, die Demokraten im Bunde der Parteien zu sehen, die der kommunalen Reaktion den Weg ebnen. Denn die vorliegenden Anträge sind Reaktion. Sie schwärmen sonst für Demokratie. Aber (zu den Demokraten) jetzt mißhandeln Sie diese Demokratie auf das gröblichste, weil sich herausgestellt hat, daß das Ergebnis des Gesetzes Groß-Berlin eine sozialistische Mehrheit war und da Ihnen (nach rechts) dieses Ergebnis nicht genehm ist, weil Ihre Interessen in Gefahr sind, treten Sie das eben beschlossene Gesetz mit Füßen. (Sehr richtig b. d. U. Soz.)

Man ersieht aus Ihrer (zu den Demokraten) Gemeinschaft mit Deutschnationalen und Volksparteilern, wie recht die „Tageszeitung" hat, wenn sie das Ergebnis Ihrer Ulmer Tagung als Fortsetzung der Rechtsentwicklung der Demokratischen Partei bezeichnet. Wir werden diese Entwicklung begrüßen. Durch sie werden die Arbeiter die

Scheidelinie zwischen dem kapitalistischen Bürgertum und dem Proletariat immer deutlicher erkennen.

(Sehr wahr b. d. U. S.) Wenn Deutschnationale und Volksparteiler von der Demokratie keine gute Meinung haben, verstehe ich das durchaus. Ich wundere mich nicht, daß diese reaktionären Parteien sich bemühen, die gegen ihren Willen zustande gekommene Demokratie zu sabotieren, zu zertrümmern. Die reaktionären Parteien stehen zu den Staatsformen immer in der gleichen Weise. Sie priesen die Monarchie, solange sie den Willen der Junker und Schlotbarone bedingungslos und widerspruchslos erfüllte; sie grollten und weiterten wie Rebellen, wenn der König sich einmal erdreistete, den Interessen der Allgemeinheit vor ihren Klasseninteressen den Vortrag zu geben. Ihr Wahlspruch ist:

Und der König absolut,
Wenn er unsern Willen tut.

So wie Sie (nach rechts) das Königtum zur Dirne machten, die man nach Belieben benutzt oder aus der Bude wirft, wenn sie nicht zu Willen sein will, genau so wollen Sie

jetzt die Demokratie zu Ihrer Dirne machen.

(Sehr wahr b. d. U. S.) Jetzt soll auch die Demokratie Ihnen gefügig sein. In dem Augenblick, da diese Demokratie Ihnen nicht zu Willen ist, in dem Augenblick, da sie ein Ergebnis hat, das Ihnen nicht gefällt, das Ihren Herrschaftsplänen abträglich ist, werfen Sie die Demokratie in die Ecke und proklamieren die Gewalt und üben sie rücksichtslos aus.

Sie beklagen sich über die Zunahme der Klassengegensätze und schicken Leute im Lande herum, die die Versöhnung der Klassen predigen sollen. Was sie hier treiben, ist

ein Hohn auf den Gedanken der Versöhnung,

ist Aufreizung sondergleichen. (Lebh. Zustimmung b. d. U. S.) Die Anträge, die den Zweck verfolgen, die sozialistische Gemeindeverwaltung Groß-Berlins zu beseitigen, diese Anträge zeigen mit aller Deutlichkeit, daß das Gerede von der Absicht auf Versöhnung und Ausgleich in dem Munde von Angehörigen der reaktionär

Parteien elendeste, erbärmlichste Heuchelei ist. (Lebh. Zustimmung b. d. U. S.) Schlimm ist es, daß die Dinge in Preußen-Deutschland nach einer Revolution und nach einer sozialistischen Regierung und trotz der immerwährenden Warnungen von unserer Seite so weit kommen konnten. Die Rechtssozialisten haben auch in dieser Angelegenheit keine Rolle gespielt, die ihnen Ehre einbringen könnte. Sie haben sich leider nicht bereitgefunden, an unserer Seite mit dem nötigen Nachdruck den Kampf gegen die Bestrebungen der Reaktion, zur Sicherung des sozialistischen Groß-Berlin zu führen. (Sehr richtig! b. d. U. S.) Aus Herrn Heilmanns Rede in der zweiten Lesung konnte man schließen, daß es ihm verflucht unangenehm war, mit uns Unabhängigen zusammen entschieden sozialistische Politik zu machen. Daß die rechtssozialistischen Vertrauensleute damit nicht einverstanden sind, kann man schon aus den Berichten über ihre Sitzungen zur Frage Groß-Berlin und aus der angenommenen Resolution schließen. Aber unsere Hoffnung, daß Sie (zu den Rechtssozialisten) jetzt eine entschiedene Haltung einnehmen könnten, ist gering auf Grund unserer Erfahrungen. (Sehr richtig! b. d. U. S.)

Den bürgerlichen Parteien kommt es nicht auf die Sicherung des Allgemeinwohls an. Denn das wissen sie genau, daß das Allgemeinwohl sich niemals in besseren Händen befinden kann, als in denen von Sozialdemokraten. (Lebh. Zustimmung b. d. U. S.) Die bürgerlichen Parteien aber wollen ihre egoistischen Pläne durchsetzen, die Macht des Staates wieder an sich reißen, um die alten Vorrechte und die Dividenden zu sichern. Aber täuschen Sie sich nicht, das Volk wird einen Strich durch Ihre Rechnung machen, und wenn Sie fortfahren, das Volk zu provozieren, seine Rechte zu beschneiden, so werden die Arbeiter diesen Strich durch Ihre Rechnung sehr bald machen. (Sehr wahr! b. d. U. S.)

Eine gute Wirkung haben diese Anträge und diese Debatten auch insofern, als die Arbeiter von neuem erkennen, daß die Freiheiten und Rechte des Volkes nicht gesichert sind durch die Tätigkeit eines bürgerlichen Parlaments, sondern daß das Volk seine geistigen, ökonomischen und politischen Machtmittel in rücksichtslosester Weise gebrauchen muß, wenn es seine politischen und wirtschaftlichen Ideen durchsetzen und sicherstellen will. (Sehr wahr! b. d. U. S.)

Ich ersuche das Haus, die vorliegenden Anträge abzulehnen und in der Richtung zu entscheiden, daß die Staatsregierung Auftrag erhält zur wirklichen Inkraftsetzung des Gesetzes Groß-Berlin durch

Bestätigung der gewählten Stadträte.

Das wäre nichts anderes als die Respektierung des Mehrheitswillens der Groß-Berliner Bevölkerung. (Sehr richtig! bei den U. S.)

Zum Schluß sage ich noch einmal den bürgerlichen Parteien: Hüten Sie sich, den Zorn des Volkes noch weiter zu steigern. Es könnte Ihnen noch einmal übel ergehen. (Sehr richtig! bei den U. S.) Der Lebensmittelwucher treibt Tausende immer mehr der Verzweiflung entgegen, die Arbeitslosigkeit dehnt sich aus und der bürgerliche Staat ist außerstande, die Folgen abzuwenden. Die Steuergesetze werden nur gegen Arbeiter und Angestellte rücksichtslos angewendet. Die Reaktion tritt von Tag zu Tag frecher auf; jetzt schreitet sie offen zur

Sabotierung rechtmäßig zustandegekommener Gesetze.

Es ist Pflicht der Arbeiter, auf den Plan zu treten, um die Pläne der Reaktion auf Rückwärtsrevidierung der Verfassungseinrichtungen ein für allemal unmöglich zu machen. (Sehr richtig! b. d. U. S.) Die bürgerlichen Parteien mögen, ehe sie allzu übermütig werden, wieder einmal an den 9. November denken, in Erinnerung zurückrufen den Zustand, in dem sich die bürgerliche Welt befand, als die Arbeiter die Macht in Händen hielten; denken an die schlotternden Knie und die Jammergestalten (Sehr gut! b. d. U. S.), an die Helden, die ihre Tapferkeit in der Flucht zeigten. Glauben Sie nicht, daß die Geduld des Volkes unendlich ist. Hüten Sie sich, die Macht des Staates zu mißbrauchen, und das Ergebnis einer Volksabstimmung zu dem Zwecke zu verfälschen, die sozialistischen Massen zu entrechten. Das Maß ist voll. Das Volk wird, wenn die bürgerlichen Parteien nicht noch im letzten Augenblick zur Besinnung kommen und nicht von ihrer Gewaltpolitik ablassen, aufstehen und sie mit samt ihrer Dirne bürgerliche Demokratie in den Orkus schleudern! (Lebhafter Beifall b. d. U. S.)

Abg. Heilmann (Soz.): Dem jetzigen provisorischen Zustand in Berlin muß ein Ende gemacht werden. Eine Obstruktion gegen die Novelle hätte nur dann einen Sinn, wenn die Aussicht bestände, daß der jetzt gewählte Magistrat bestätigt wird. Diese Aussicht besteht nicht, wir verwerfen daher jede Obstruktion. (Zuruf der U. Soz.: Roter Jesuit!) Es wäre ein Verbrechen am Volke von Berlin, die Verabschiedung der Vorlage aufzuhalten und damit die Einrichtung einer geordneten Verwaltung zu verhindern. (Lärm der U. Soz.) Für mich gibt es keine widerlicheren Menschen als die atheistischen Pfaffen. (Lärm der U. Soz. — Zuruf von Adolph Hoffmann: Geradeaus sprechen!) Herr Hoffmann, wenn ich mir die Seite aussuche, die ich Ihnen zuzuwenden habe, so kann ich darüber nicht im Zweifel sein. (Stürmische Heiterkeit. — Unruhe der U. Soz.)

Abgeordneter Leid (U. S. P. D.): Der Abgeordnete Heilmann hat heute nach dem Grundsatz operiert: Haltet den Dieb! Er wollte damit nur von der Sache ablenken. Er und gestern Herr Abgeordneter Dominicus haben auf die Verhandlung des siebzehner Ausschusses hingewiesen, und die Behauptung aufgestellt, ich als Vertreter meiner Fraktion, hätte gegen die Nichtbestätigung der Stadträte keinen Einwand erhoben. Tatsache ist, daß die Vertreter der deutschnationalen Volkspartei vom Minister verlangten, den Oberpräsidenten anzuweisen, die Bestätigung solange nicht auszusprechen, solange die Verhandlungen in diesem Hause dauern. Dagegen habe ich mich gewendet und dieses Verfahren als eine neue ausnahmegesetzliche Behandlung der Berliner Arbeiterschaft bezeichnet. Ich habe niemals Zweifel gelassen darüber, daß wir die Bestätigung unter allen Umständen verlangen. Das ist auch in diesem Hause geschehen, was aus dem Stenogramm ganz klar ersichtlich ist. Sie suchen sich nur mit allen Mitteln aus dieser für Sie nicht angenehmen Situation herauszuwinden. Sie wollen verhindern, daß man außen erkennt, um was es geht. Sie wollen die Sachlage vertuschen. Sie ins Gegenteil verkehren! Das gleiche Verfahren hat Herr Heilmann auch angewendet, durch den Hinweis auf unsere Eventualanträge drei, fünf oder zehn unbesoldete Stadträte zu wählen. Diese Anträge sind von mir im Auftrage meiner Partei in der Sitzung vom 30. September wie folgt begründet worden:

„Wir haben unsere Anträge nur gestellt, um unsere prinzipielle Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Wir wissen, daß Sie unsere Anträge ablehnen werden, weil Sie sachlichen Argumenten gar nicht zugänglich sind. Wir haben auch den Antrag gestellt, der Ihnen für den Fall der Ablehnung unseres Allgemeinantrages Gelegenheit geben soll, die Zahl der unbesoldeten Mitglieder herabzumindern. Sie wollen die Zahl 12 beschließen und werden sie auch beschließen. Wir stellen unsere Anträge trotzdem, um Ihnen die Ausrede zu nehmen, daß Sie Anträgen auf Herabminderung der Zahl der unbesoldeten Mitglieder zugestimmt hätten, wenn solche vorgelegen hätten." (Hört, hört! b. d. U. S.)

Dann habe ich weiter gesagt:

Wir ändern damit nach keiner Richtung hin unsere Auffassung, daß wir unbesoldete Mitglieder im Magistrat überhaupt nicht haben können. (Hört, hört bei den U. S. Zurufe: Was sagt Herr Heilmann? Jesuit Heilmann?)

Herr Heilmann irrt also sehr, (Abgeordneter Adolph Hoffmann: Er irrt nicht, er lügt!) wenn er es so darstellt, als wenn die bürgerlichen Parteien nichts besseres hätten tun können, als unsere Eventualanträge anzunehmen, um uns für den Gesetzentwurf freundlicher zu stimmen. Wir hätten natürlich in der Schlußabstimmung trotzdem gegen das Gesetz gestimmt. Sie sehen also, wie verzerrt die Dinge hier dargestellt werden. Diese Fechterkunststückchen sind ja nicht neu, aber Herr Abgeordneter Heilmann hat alle Ursache, sein böses Gewissen in dieser Sache durch solche Ablenkungsversuche zu beschwichtigen. Für uns handelt es sich nicht etwa um drei, fünf oder zehn unbesoldete Stadträte, auch nicht, ob ein paar unbesoldete bürgerliche Mitglieder in den Magistrat kommen, sondern um eine hochpolitische Frage. (Sehr richtig! bei den U. S.) Sie wollen ein neues Attentat begehen und eine Aenderung vornehmen, die sich ausschließlich gegen die sozialistische Arbeiterschaft Groß-Berlins richtet. Deswegen setzen wir uns mit allen Mitteln zur Wehr. Wird Ihnen kein Widerstand entgegengesetzt, werden Sie morgen und übermorgen, in den nächsten Wochen und Monaten noch viel unverschämter, noch viel dreister gegen die Arbeiterschaft auftreten. (Lebhafte Zustimmung bei den U. S.) Deswegen sind wir auch erbittert darüber, daß die Partei des Herrn Heilmann nicht mit aller Entschiedenheit auf unserer Seite ist. Herr Heilmann sagte, wir können keine Obstruktion treiben. Die Dinge seien unerträglich geworden, daß sie keinen Tag Aufschub mehr vertragen. Wir meinen, daß das nicht unsere Schuld ist. Dafür sind die bürgerlichen Parteien verantwortlich. Sie sind die allein Schuldigen und müßten eigentlich restlos für die schweren Schäden, die der Gemeinde Groß-Berlin zugefügt werden, auch vermögensrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Sie treiben mit der Demokratie Schindluder. (Zustimmung bei den U. S., Lachen und Widerspruch Mitte und rechts.) Ihrem Auftreten gegenüber gibt es gar kein anderes Mittel, als daß sich die Arbeiterschaft Groß-Berlins mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzt. (Zustimmung und Rufe: Ganz Deutschlands!) Wenn unsere Arbeiterschaft sich darüber klar wird, daß Sie die schwerste Provokation der Berliner Arbeiterschaft vornehmen, dann bin ich nicht im Zweifel, daß sie den Weg und die Mittel finden wird, um Ihnen zu zeigen, was eine Harke ist. (Lebhafter Beifall der U. S. P. D.)

Abgeordneter Ludwig (U. S. P.): Der vorliegende Antrag bezweckt einen Uebergang für die nächste Zeit zu finden. Es soll wieder gut gemacht werden, was durch die Anträge von bürgerlicher Seite herbeigeführt worden ist. In der „Deutschen Tageszeitung" wird das Bürgertum aufgerufen, Sabotage zu treiben. Nicht nur im Plenum Groß-Berlins, sondern in den einzelnen Bezirksversammlungen, wo sie die Mehrheit haben. Sie reden davon, daß das neue Berlin vom ersten Tage an eine große Pleite sei. Wer hat denn bisher in Groß-Berlin regiert? Sie deuten auf mich. Meine Freunde? Nein, das waren Sie. (Sehr wahr! bei den U. S.) Das waren doch ihre Freunde gewesen, in erster Linie der alte Freisinn, der regiert hat. Sie sollten den neuen Konkursverwaltern, die den Mut haben, Ihre Pleite zu verwalten, nicht derartige Unterstellungen machen. Sie haben aber Angst, es könne an Ihren Geldbeutel gehen. Deswegen wehren Sie sich gegen die neue Herrschaft. Deshalb Ihre Verschlechterung. Sie fürchten auf dem Gebiete der Schule eine Beeinträchtigung Ihrer Alleinherrschaft. Deswegen Ihr Attentat. Sie wollen verhindern, daß sich das Gesetz auswirke und in diesem Moment treten Sie Ihre eigene sogenannte Demokratie mit Füßen. Herr Heilmann hat erklärt, eine namentliche Abstimmung würde von seiner Partei zwar beantragt werden, aber sie würde im Saal bleiben, um der Rechten Gelegenheit zu geben, ihre Henkersgeschäfte zu machen. (Hört, hört! b. d. U. S.) Die Rechte könnte das gar nicht, wenn die rechtssozialistische Partei nicht im Saale bliebe. Herr Heilmann hat Ihnen auch den freundschaftlichen Rat gegeben, dafür zu sorgen, daß Sie möglichst viel Leute bei dieser Abstimmung hierherbringen. Die Versicherung des Herrn Heilmann, daß sie die alten braven Leute seien, wäre gar nicht notwendig gewesen, wir hätten das sowieso geglaubt. (Bravo! b. d. U. S.)

Die Schlußabstimmung ist also namentlich. Sie ergibt die Annahme der Vorlage mit 161 gegen 123 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen. Die Mitteilung des Ergebnisses wird von den Unabhängigen mit Pfuirufen aufgenommen.

Losowski, der „konsequente Marxist"

Von einem russischen Genossen wird uns geschrieben:

Seit einiger Zeit bemüht sich der russische Kommunist Losowski, der als Vertreter der russischen Gewerkschaften nach Deutschland gekommen ist, um die deutsche Arbeiterschaft mit der Wirksamkeit der russischen Gewerkschaften bekanntzumachen, in einseitiger und tendenziöser Weise die russischen Verhältnisse darzustellen und die „russische Taktik" zu propagieren. Er hielt es mit seiner Mission vereinbar, auch in Unterredungen mit bürgerlichen Korrespondenten zu erklären, daß die U. S. P. D. zertrümmert werden müsse, und in seinen Reden in den Berliner Versammlungen und auf dem Betriebsrätekongreß hat er, getreu den Moskauer Weisungen, den Kampf gegen die „gelbe" Amsterdamer Internationale als Hauptaufgabe proklamiert.

Gerade Losowski hätte aber alle Veranlassung gehabt, mit seinen Aeußerungen recht vorsichtig zu sein, denn er gehört zu jener Gruppe russischer Kommunisten, die noch vor ganz kurzer Zeit Ansichten vertraten, die sich mit seinen jetzigen offiziellen Erklärungen nur sehr schwer vereinbaren lassen. In seiner Schrift „Die Arbeiterkontrolle", die 1918, also nach der bolschewistischen Revolution, in Petersburg erschien, schrieb Losowski:

„Jetzt schon hört man Stimmen laut werden, die behaupten, die Arbeiterkontrolle sei veraltet, und daß vor der Arbeiterklasse viel größere Aufgaben stehen, als die Kontrolle der Produktion, daß sie die Organisation dieser Produktion auf sozialistischer Grundlage übernehmen müsse. Aber alle diejenigen, die so viel von der unmittelbaren Sozialisierung sprechen, haben bis jetzt keine Antwort gegeben, auf welche Weise das in ökonomischer Hinsicht rückständigste Land in Europa in neun Monaten den schwindelnden Sprung aus dem Reiche der feudal-hörigen Selbstherrschaft in das Reich der sozialistischen Organisation der Produktion machen könne.

Uns Marxisten erschien das Geschwätz der Sozial-Revolutionäre über die sozialistische Gesinnung des russischen Bauern immer lächerlich. Jetzt sind aber die Prinzipien des Marxismus gänzlich vergessen. Die Soldaten- und Bauernmassen vollziehen zur Zeit die „proletarisch-sozialistische Revolution" gegen deren Willen und Bewußtsein und gegen die Gesetze der Geschichte und der Logik. Der radikale Flügel des Sozialismus, der dank dem Lauf der historischen Ereignisse die Macht erlangt hat, bildet sich ein, Führer einer sozialistischen Revolution zu sein. Indessen läßt er sich aber in Wirklichkeit leiten von der urwüchsigen Kraft der Massenbewegung und nimmt an, daß alles durch Dekrete verwirklicht werden könne. Die wirtschaftliche Rückständigkeit Rußlands wird für ein tadelloses Baumaterial gehalten, aus dem die sozialistische Produktion errichtet werden kann. So sehen wir, wie der Marxismus, der mit der Soldaten- und Bauernmasse in Berührung gekommen ist, deren ganzen Aberglauben angenommen hat und an die „spezifisch-sozialistische" Gesinnung der russischen Bauern glaubt.

Eine sozialistische Revolution beginnt nicht dann, wenn die Sozialisten die Macht erobern, und nicht dann, wenn zwei Klassen im Prozeß der Entwicklung der Revolution einen heftigen Kampf führen, sondern dann, wenn im nationalen und internationalen Wirtschaftsleben alle materiellen und psychologischen Vorbedingungen zu ihrer Durchführung vorhanden sind. In Rußland sind diese Bedingungen nicht vorhanden, und so oft wir auch wiederholen werden, daß die Sowjetmacht eine sozialistische sei und daß die Aufgabe des Tages in der Sozialisierung der Produktionsmittel bestehe, ändert sich der Sachverhalt nicht. Wir behaupten, daß die Sowjetmacht, unbeachtet ihrer subjektiven Wünsche, objektiv die Vernichtung der Ueberbleibsel der Leibeigenschaft verwirklicht und den Weg zu einer Bauerndemokratie säubert. Die Lage der russischen Volkswirtschaft macht die Organisation der Produktion auf sozialistischer Basis unmöglich. Wollen wir deshalb nicht, angesichts dieser, wenn auch traurigen aber unumstößlichen Tatsache, äußerst schädliche und gefährliche Illusionen in uns nähren. Denn die Illusionen gehen zugrunde, die Tatsachen aber bleiben!"

Die hier wiedergegebenen Aeußerungen lassen erkennen, daß Losowski sich noch vor ganz kurzer Zeit des eigentlichen Charakters der russischen Revolution bewußt war und gegenüber den utopischen Plänen der Bolschewisten die scharfe Waffe der marxistischen Kritik zu handhaben verstand. Wenn er jetzt in einer anderen Rolle auftritt, so spricht das nicht für seine politische und wissenschaftliche Konsequenz.

Sie leben von Verleumdung

Wie wir in unserer gestrigen Morgenausgabe mitteilten, hat das Zentralkomitee unserer Partei einstimmig an die Regierung das Verlangen gerichtet, die Einreise der russischen Delegierten Sinowjew und Bucharin zu genehmigen. In einer Sitzung des Reichskabinetts ist denn entschieden worden, daß der Einreise der beiden russischen Delegierten keine Schwierigkeiten bereitet werden sollen.

Diese Entscheidung der Regierung war bereits Mittwoch bekannt. Trotzdem entblödete sich die „Rote Fahne" nicht, in ihrer Donnerstagsausgabe zu behaupten, wir hätten „in hinterhältiger Weise" Sinowjew als Volkskommissar des Inneren und Bucharin als Volkskommissar für Volkswirtschaft bezeichnet, um der Regierung einen Vorwand zu geben, die Erlaubnis zur Einreise zu verweigern.

Diese perfide Unterstellung ist ein erneuter Beweis dafür, was für Gesindel in der Redaktion der „Roten Fahne" sein Unwesen treibt. Diese Leute sind selbst so korrupt und gemein, daß sie ihren politischen Gegnern immer nur die niedrigsten Motive unterstellen. In dem vorliegenden Falle kommt noch hinzu, daß die „Rote Fahne" nicht etwa in krankhafter Verfolgungswut, sondern vollkommen bewußt lügt und verleumdet. Wir hatten in unserer Sonntagsnummer, in der wir den Angriff der „Roten Fahne" auf unsere Parteileitung zurückwiesen, ausdrücklich auf das Telegramm des Moskauer Berichterstatters des Unabhängigen Zeitungsdienstes Bezug genommen, in dem Sinowjew als Volkskommissar des Innern und Bucharin als Volkskommissar für Volkswirtschaft bezeichnet wurden. Die Angaben werden also sicherlich den Tatsachen entsprechen. Tut nichts! Wiederum ist es die „Freiheit", die dazu herhalten muß, als Zielscheibe für die kommunistischen Verleumder zu dienen, und dies obwohl für den ganzen Angriff nicht die geringste Veranlassung vorlag, da dank den Bemühungen gerade unserer Genossen in der Parteileitung alle Schwierigkeiten, die der Einreise der russischen Delegierten im Wege standen, beseitigt worden sind.

Es hat den Anschein, als ob die deutschen Kommunisten, deren ganze politische Weisheit aus russischen Plagiaten besteht, von allen Lehren der russischen Bolschewisten nur jene zu beherzigen verstehen, die Lenin im Jahre 1906 anläßlich eines parteigerichtlichen Verfahrens verkündete: daß er im Kampfe gegen politische Gegner innerhalb der Arbeiterbewegung auch vergiftete Waffen für zulässig erachte!

DA. Berlin, 7. Oktober.

Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, bestätigt sich die Meldung, daß den Delegierten der Sowjetregierung Sinowjew und Bucharin die Einreiseerlaubnis nach Deutschland von der deutschen Regierung bewilligt wurde. Es wird jedoch betont, daß die Einreisebewilligung nur zur Teilnahme an dem Parteitag der U. S. P. D. in Halle gegeben worden ist.

Der russisch-polnische Vorfriede

Kopenhagen, 7. Oktober.

Einem Telegramm aus Riga zufolge, wird die Unterzeichnung des Präliminarfriedens zwischen Polen und Rußland am Freitag in einer öffentlichen Sitzung erfolgen.

In polnischen Unterhändlerkreisen wird erzählt, daß die Bolschewisten die polnischen Vorschläge in allen wesentlichen Punkten angenommen haben. Die ostgalizische Frage ist in den Verhandlungen ausgeschlossen; die Grenze wird westlicher gelegt, als von der Sowjetdelegation vorgeschlagen wurde. Die russisch-ukrainischen Unterhändler dagegen behaupten, daß das Abkommen auf der Grundlage der polnischen Minimalforderungen zustande kam, die mit der Erklärung des allrussischen Exekutivzentralkomitees zusammenfallen.

Die italienischen Sozialisten und Rußland

Triest, 7. Oktober. (Stefani.)

In der Nachmittagssitzung der Zusammenkunft sozialistischer Deputierter setzte d'Aragona, Generalsekretär des Allgemeinen Arbeiterverbandes, die Lage der Industrie in Rußland auseinander und erklärte, daß die dortigen Facharbeiter der gegenwärtigen Regierungsform abgeneigt seien. Zum Schluß bedauerte der Redner den in den Zeitungen erschienenen Brief Lenins, der den italienischen Allgemeinen Arbeiterverband angreift, weil er der Amsterdamer Internationale treu geblieben sei. Nach einer Erwiderung von Bombacci erklärte Dugoni, daß er für Einführung einer Sowjetherrschaft in Italien eingenommen sei. Die Sitzung schloß mit Annahme einer Tagesordnung, in welcher die sozialistischen Parlamentarier erklären, auf Grund der Berichte ihrer in Rußland gewesenen Genossen bestätigten sie ihre Zusammengehörigkeit mit dem kommunistischen Rußland und seien entschlossen, für dessen freie Entwicklung im Parlament einzutreten.

Die Urwahl

Endgiltiges Wahlergebnis von Potsdam 4

Distrikt	für	gegen	ungültig	es fehlen Orte
Niederbarnim-Nord	3568	2444	35	18
Niederbarnim-Ost	1782	719	64	4
Lichtenberg	1124	1012	37	—
Oberbarnim	459	168	13	21
Prenzlau	147	114	—	1
Angermünde	147	49	—	3
Templin	75	25	—	4
Ruppin	107	57	1	15
Westprignitz	83	90	2	2
Ostprignitz	103	15	—	4
Westhavelland	171	353	3	10
Osthavelland	792	658	27	6
Jüterbog-Luckenwalde	163	308	6	4
Zauch-Belzig	254	206	2	4
	8958	6214	267	

Demnach sind gewählt: 10 Delegierte für und 7 Delegierte gegen die Bedingungen.

Essen

Bei der Urwahl in Essen wurden für den Anschluß 3926 Stimmen, gegen den Anschluß 694 Stimmen abgegeben. Auf die Liste der Anschlußbefürworter fallen 9 Mandate, auf die Liste der Anschlußgegner 1 Mandat.

Unterbezirk Hagen

Im Unterbezirk Hagen (Westfalen) haben von 15 000 Mitgliedern 3519 abgestimmt. Für die Bedingungen wurden 1730, gegen die Bedingungen 1787 Stimmen abgegeben. Eine Anzahl Stimmen waren zersplittert.

I. Betriebsrätekongreß Deutschlands

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Die englischen Arbeiter haben eine Kampftaktik eingeschlagen, die wir für Deutschland nicht in allen Punkten anwenden können. Eins steht aber fest, daß die englischen Arbeiter eine planmäßige selbewußte Politik treiben, die ihnen einen starken Einfluß auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Englands gewähren.

Nun zu den konkreten Aufgaben der Betriebsräte und Gewerkschaften. Das Betriebsrätegesetz wurde geschaffen, nachdem die Kinder der Revolution, die Arbeiterräte, hinweggefegt worden sind. Das Betriebsrätegesetz rief die Gewerkschaften auf den Plan, weil mit diesem Gesetz der Arbeiterschaft und ihrer revolutionären Entwicklung Fesseln angelegt werden sollten. In monatelangem Kuhhandel ist dieses Gebilde zustandegekommen. Wir als revolutionäre Gewerkschaften haben uns trotzdem auf den Standpunkt gestellt, daß wir durch die Ignorierung des Gesetzes nichts erreichen. Wir sind deshalb an die Erfassung der freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte herangegangen, haben es aber abgelehnt, freiwillig mit den Hirsch-Dunckerschen, mit den Christlichen und den gelb angepinselten „Gewerkschaften" zusammen zu arbeiten.

Den Gewerkschaften wurde immer gesagt, daß ihre Aufgaben begrenzt seien. Wir können bei diesem Begriff nicht stehen bleiben. Die Gewerkschaften haben heute gemeinsam mit den Betriebsräten die große historische Aufgabe zu erfüllen, den Kapitalismus zu beseitigen und durch planmäßige Wirtschaft die völlige Vernichtung des Volkskörpers zu verhindern.

Dißmann geht dann dazu über, den Betriebsräten eine Fülle praktischer Winke und Verhaltungsmaßregeln zu geben, deren sie sich bei Erfüllung ihrer Aufgaben bewußt sein müssen. Er sagt dann weiter, es sollen alle Betriebsräte ihr Verhalten in den Betrieben so einrichten, daß sie vor der Oeffentlichkeit bestehen können. Dies ist um so notwendiger, als bereits bekannt ist, daß die Unternehmer schon jetzt Material sammeln gegen die Betriebsräte, das sie im Parlament verwenden werden, wenn wir innerhalb und außerhalb des Parlaments für eine Verbesserung des Betriebsrätegesetzes eintreten werden. Die Betriebsräte sollen, soweit es ihre Tätigkeit als Betriebsrat innerhalb des Betriebes zuläßt, im Produktionsprozeß tätig sein, denn, sagte Dißmann, verlaßt Euch darauf, ehe ein Jahr vergeht, seid Ihr Betriebsräte mehr als Betriebsrätebonzen verschrien, als jemals wir Gewerkschafter als Gewerkschaftsbonzen. Wer den Rätegedanken ausbauen will, muß den Betriebsräten zur Erfüllung ihrer Aufgaben einen guten Unterboden bereiten helfen und muß aus diesem Grunde der planmäßigen Verhetzung und Zerstörung, die von gewissen Seiten ausgeführt wird, entgegentreten. Die Betriebsräte dürfen sich aber auch ihren Aufgabenkreis nicht selbst begrenzen, etwa mit Verkauf von Lebensmitteln usw. Wird in den Betrieben solcher Verkauf oder ähnliches im Interesse der Arbeiter betrieben, dann führt Kontrolle darüber aus, aber weiter nichts. Dißmann bespricht dann die im Entwurf vorliegende Reichsarbeitsordnung. Im Anschluß daran wendet er sich nochmals gegen das Zusammenarbeiten mit den Harmonieverbänden. Er sagte: Träumt nicht davon, daß Ihr diesen Wassersuppen-Politikern sozialistischen Geist einflößen könnt. Dafür sorgt aber, daß Ihr die neun Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter mit revolutionärem, sozialistischen Geist erfüllt.

Bei Erfüllung ihrer Aufgaben müssen sich die Betriebsräte aber auch klar sein, daß wir die Umstellung der Produktion nur vollziehen können, wenn wir die wirtschaftliche Macht haben. Um diese zu bekommen, müssen wir aber in erster Linie die politische Macht erkämpfen. Dessenungeachtet ist es aber schon jetzt Aufgabe der Betriebsräte, sich in den Wirtschaftsprozeß hineinzuknieen und so die Uebernahme der politischen und ökonomischen Macht vorzubereiten.

In allen Industriezweigen müssen die Hand- und Kopfarbeiter zusammen arbeiten. Besonderes Gewicht müssen wir aber auch jetzt schon darauf legen, mit den Landarbeitern planmäßig im besten Sinne des Rätegedankens tätig zu sein, denn seid Euch darüber klar, ohne den Landarbeiter ist das Industrieproletariat machtlos. Den Handarbeitern gebe ich zu bedenken, daß sie die Kopfarbeiter brauchen, wenn wir die Umstellung der Produktion durchführen wollen. Und den Kopfarbeitern sage ich: Ihr habt mit der geistigen Umstellung, die Ihr in den letzten zwei Jahren vollbracht habt, mehr geleistet als mancher, der nur den Mund aufgerissen hat. (Beifall.)

Nun bitte ich Euch, geht in der Diskussion nicht darauf ein, in wieviel Gruppen die Betriebsräte eingeteilt werden sollen. Das ergibt die Praxis. Wir müssen heute noch arbeiten, denn wir haben keine Zeit zu verlieren. Die Betriebsräte sind gemeinschaftlich mit den Gewerkschaften die Träger des Umstellungsprozesses. Es ist eine Utopie, wenn man glaubt, daß die Betriebsräte allein unter Ausschaltung der neun Millionen freigewerkschaftlichen Arbeiter diese Umstellung vollziehen können. Die Gewerkschaften sind das Fundament der Betriebsräte, die Betriebsräte aber sind Glied im Glied. Ihr könnt Eure Aufgaben nur erfüllen, wenn Ihr Euch von dem Mutterboden, den Gewerkschaften, nicht trennen läßt. Laßt Euch nicht damit schrecken, daß die Gewerkschaften Anhänger der Arbeitsgemeinschaften sind. Die Arbeitsgemeinschaften, diese Verbindung zwischen Kapital und Arbeit, sind ein unhaltbares Gebilde, und darum werden und müssen sie fallen. Ich hoffe, daß dies recht bald geschieht. Allein mit Schimpfen erreicht man dieses Ziel nicht, man muß überzeugen können.

Dißmann geht dann im einzelnen auf eine von ihm eingebrachte Resolution ein, in der es u. a. heißt: „Diese Tatsachen zwingen die Gewerkschaften, in das Zentrum ihrer Tätigkeit den revolutionären Kampf um die Beseitigung der revolutionären Wirtschaftsanarchie zu setzen, der organisierten Macht des fest und zentral organisierten, über den Staatsapparat und dessen Machtmittel verfügenden Unternehmertums als einer herrschenden Minderheit entgegenzustellen die geschlossene Macht und den entschlossenen Willen der organisierten, kampfbereiten Hand- und Kopfarbeiter als der ausgebeuteten überwiegenden Mehrheit."

Dißmann begründet dann seinen Antrag, worin der Reichskongreß die Betriebsräte-Zentrale gemeinsam mit dem A. D. G. B. und der Afa beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten, um die vom Reichskongreß aufgestellten Forderungen einer Produktionskontrolle sofort an die Reichsregierung und den deutschen Reichstag zu bringen. Diese Forderungen sind durch Aktionen der Gewerkschaften mit allem Nachdruck zu unterstützen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärt Dißmann, daß bisher von keiner Seite, ob S. P. D., U. S. P. D. oder K. P. D., auch nur das Nötigste geschehen ist, um die Uebernahme der Produktion vorzubereiten. Im Streit der Meinungen haben wir das Wichtigste vergessen. Darum sage ich den Betriebsräten aller Parteischattierungen, geht hin und sagt es Euren Genossen und besonders Eurer Presse, daß Ihr es satt seid, Euch den proletarischen Befreiungskampf weiter vergiften zu lassen. Und wer es wagt, die freien Gewerkschaften als gelbe zu bezeichnen, dem sage ich: Euer Schmutz reicht nicht an die Stiefelsohlen eines anständigen Gewerkschafters heran. Die Gewerkschaften bilden die letzte geschlossene Front des deutschen Proletariats. Sie sind unsere letzte Hoffnung. Wer die Gewerkschaften zerstört, nimmt der deutschen proletarischen Revolution den Nährboden. Gelingt es, in diesem Kongreß eine Kampfparole zu finden, unter der sich das gesamte revolutionäre Proletariat sammeln kann, dann sind wir einen ganz gewaltigen Schritt vorwärts gekommen auf dem Wege zur Verwirklichung des Sozialismus. Ich rufe dann von dieser Stelle den Proletariern zu: Hört auf, Euch zu zerspalten; Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! (Langanhaltender, lebh. Beifall.)

Der Vorsitzende Großmann verliest eine Resolution, die den

streikenden und ausgesperrten Zeitungsangestellten

ihre Sympathie ausdrückt. (Wir haben diese in unserer gestrigen Morgennummer bereits gebracht). Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

(Fortsetzung des Berichts in der Abendausgabe.)

Der Gewaltakt gegen die „Freiheit"

Von dem Genossen Schwenk erhalten wir eine längere Zuschrift, in der er einleitend darlegt, wie es zu der Meinungsverschiedenheit zwischen Preßkommission und Redaktion gekommen ist. Es heißt dann wörtlich:

„Sie (die Preßkommission) wußte, da sie ständig mit dem aktivsten Teil der Genossen in Fühlung stand, ganz genau, wie sehr sie sich mit diesen in Uebereinstimmung befand. Sie kannte aber auch die schwere Gefährdung unserer Zeitung, die aus einer längeren Fortdauer des unhaltbaren Zustandes unbedingt erwachsen würde.

Die Redaktion dagegen setzte sich unbedenklich und wie zum Hohne über alles hinweg. Ja, sie kehrte ihren anschlußfeindlichen Standpunkt rücksichtsloser denn je hervor. Was blieb bei dieser geradezu grotesken Sachlage zu tun übrig? Wir mußten die Neubesetzung der Redaktion verlangen, wir mußten es, nicht um das Unternehmen zu zerstören, sondern ganz im Gegenteil, um es vor völliger Zerstörung zu bewahren. Das war unsere gebieterische parteigenössische Pflicht.

Wir hatten keine Veranlassung, abzuwarten, was der Parteitag in der Anschlußfrage beschließen würde. Die Berliner haben entschieden, und zwar unzweideutig in unserem Sinne. Das ist ausschlaggebend, um so mehr, als, wie gesagt, nicht nur in der Anschlußfrage, sondern ganz allgemein die Haltung der Redaktion die schärfste Mißbilligung der Berliner Parteigenossen gefunden hat."

Genosse Schwenk betont dann zur Kompetenzfrage unter Bezugnahme auf den — wie wir im Anschluß an die Erklärung des Genossen Stolt weiter unten beweisen — unrichtig wiedergegebenen Beschluß der Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft, daß die Preßkommission ihre Kompetenz der Geschäftsleitung gegenüber nicht überschritten habe. Ueber alle sonstigen Anwürfe wolle er stillschweigend hinweggehen.

•

Dieses Stillschweigen des Genossen Schwenk über die entscheidenden Dinge können wir vollkommen verstehen. Seine Zuschrift enthält nicht eine einzige Widerlegung der von uns aufgestellten Behauptungen. Insbesondere wagt Schwenk nicht einmal zu bestreiten, daß sein Brief an die Geschäftsleitung sich glatt über den Beschluß der Preßkommission hinweggesetzt hat. Er sagt auch kein Wort zu der Ungeheuerlichkeit, durch Stillschweigen darüber hinwegzugehen, was künftig mit der „Freiheit" geschehen soll.

Es bleibt also alles bestehen, was wir gestern morgen festgestellt haben: unter Beiseiteschiebung des Beschlusses der Preßkommission hat ihr Vorsitzender unter Ueberschreitung der der Preßkommission durch Beschluß erteilten Befugnisse das Blatt wider den Willen und ohne Befragen der Parteigenossen durch einen Handstreich in die Hände von bisher noch im Hintergrunde verborgenen Personen zu bringen versucht. Wäre die jetzige Redaktion der „Freiheit" so gewissenlos gewesen, wie der Genosse Schwenk, hätte sie ihren Posten verlassen, so würde das Blatt gegenwärtig nicht erscheinen können, denn eine neue Redaktion hat sich bisher nicht gezeigt. Und ohne Redaktion kann ja bekanntlich keine Zeitung erscheinen. Das wäre in einem Augenblick geschehen, in dem ein großer wirtschaftlicher Kampf ausgebrochen ist, in dem die bürgerliche Presse nicht erscheint, so daß die schwerste finanzielle und moralische Schädigung des Unternehmens die unausbleibliche Folge gewesen wäre.

Daß diese Absicht ganz plötzlich durchgesetzt werden sollte, erhellt wohl die Tatsache zur Genüge, daß der Beschluß der Preßkommission auf Neubesetzung der Redaktion bereits am 30. September gefaßt, das Verlangen nach widerrechtlicher sofortiger Besitznahme der „Freiheit" aber erst am 5. Oktober ultimativ der Geschäftsleitung unterbreitet worden ist. Das Mißlingen des sauberen Planes ist nur der Tatsache zuzuschreiben, daß die zur Leitung des Freiheit-Unternehmens eingesetzten Körperschaften auf der Wacht sind und gemeinsam mit der Redaktion an dem Standpunkt festhalten, daß nicht ein über seine Befugnisse hinausgehender Teil der Preßkommission, sondern die ordnungsmäßige Vertretung der Parteigenossen Groß-Berlins über die „Freiheit" zu bestimmen hat.

Die Befugnisse der Preßkommission

Der Genosse Wittschuß, der ebenfalls Mitglied der Revisionskommission war, bittet uns mitzuteilen, daß er sich der Erklärung der Genossin Beck anschließt. Dagegen erhalten wir von dem Genossen Stolt folgende Zuschrift:

„In der heutigen Morgennummer der „Freiheit" wird von der Verlagsgenossenschaft „Freiheit", der Redaktion und dem Genossen Alfred Berger ein Beschluß der letzten Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" vom 7. Juni 1920 unrichtig wiedergegeben. Als Antragsteller und Begründer bin ich in der Lage, zur Information der „Freiheit"-Leser den genauen Wortlaut des einstimmig gefaßten Beschlusses mitzuteilen:

„Die Kontrolle der politischen Haltung der „Freiheit" wird durch eine von der politischen Organisation Groß-Berlins gewählte Preßkommission ausgeübt. Die Anstellung und Entlassung von Redakteuren ist Sache der Preßkommission. Erhebt der Vorstand hiergegen Einspruch, wird in einer kombinierten Sitzung der Preßkommission und des Vorstandes durch einfachen Mehrheitsbeschluß entschieden."

Da nach Paragraph 47 des Genossenschaftsgesetzes die Beschlüsse der Generalversammlung in ein Protokollbuch einzutragen sind, muß der angezogene Beschluß auch aus dem Protokollbuch ersichtlich sein. Im übrigen ist in der Beilage zu Nr. 216 der „Freiheit" vom 9. Juni 1920 im Bericht über diese Genossenschaftsversammlung der entscheidende Teil des Beschlusses wiedergegeben."

•

Der Genosse Stolt befindet sich vollkommen im Irrtum. Wir sind in der Lage, ihm den genauen Wortlaut des Antrags der Revisionskommission mitzuteilen, wie er in der Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" am 7. Juni angenommen wurde. Der Beschluß lautet:

„Der Aufsichtsrat hat die nach dem Statut und dem Genossenschaftsgesetz vorgesehenen Aufgaben zu erfüllen.

Die Kontrolle der politischen Haltung der „Freiheit" wird durch eine Preßkommission ausgeübt, welche die politische Organisation der U. S. P. Groß-Berlin wählt. Die Einstellung und Entlassung von Redakteuren ist Sache der Preßkommission, die hierzu der Zustimmung des Aufsichtsrats und des Vorstandes bedarf. Kommt eine Einigung nicht zustande, so ist die Angelegenheit in einer kombinierten Sitzung aller drei Organe durch einfachen Mehrheitsbeschluß zu entscheiden."

Es dürfte den Genossen Stolt sicherlich sehr interessieren, daß dieser Wortlaut, der von dem von ihm angegebenen wesentlich abweicht, von ihm selbst geschrieben ist. Das Original seines Antrages befindet sich in unserem Besitz. Ein Zweifel darüber kann also nicht mehr bestehen, daß die Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft beschlossen hat, daß Entlassungen und Anstellungen der Redakteure der Zustimmung des Vorstandes und des Aufsichtsrats bedürfen.

Beschluß des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" hat sich in seiner Sitzung am Donnerstag mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung mit dem Schreiben der Geschäftsführer Budde und Küter an den Vorsitzenden der Preßkommission, Genossen Schwenk, vollinhaltlich einverstanden erklärt.

Ferner beschloß der Aufsichtsrat, eine gemeinsame Sitzung von Aufsichtsrat, Vorstand und Preßkommission, zur Regelung der Differenzen der Preßkommission mit der Redaktion zu verlangen.

Erklärung

Die unterzeichneten Mitglieder der Preßkommission haben gegen den Antrag auf sofortige Neubesetzung der Redaktion gestimmt. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir der Redaktion sachlich-kritisch gegenüberstehen. Lediglich in der Frage der Moskauer Bedingungen stehen die unterzeichneten Mitglieder der Preßkommission mit der Redaktion einig zusammen. Darüber hinaus behalten wir uns vollkommene Handlungsfreiheit vor. — In dieser schwersten Stunde der Partei wäre es unverantwortlich, sachliche Differenzen auszutragen. Mehr denn je ist jetzt die Einigkeit und Tatkraft aller Genossen unerläßlich. Die Genossen und Genossinnen haben die „Freiheit" in stürmischer Zeit unter großen Opfern aufgebaut und müssen alles daran setzen, dieses Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu erhalten. An Euch, Genossen und Genossinnen, richten wir die dringende Mahnung, unverzüglich ans Werk zu gehen, und neue Leser und neue Kämpfer zu werben.

Schließet die Reihen!

Justin Braun, Paul Garn, Bruno Groppler, Karl Höhne, Benno Maaß, Oscar Sandhaus, Wilh. Schmiedecke, Oskar Wipke, Fritz Zimmermann.

Trotzki an die Internierten der roten Armee in Deutschland

TU. Berlin, 7. Oktober.

In einem Funkspruch aus Moskau wendet sich Trotzki an die Internierten der roten Armee in Deutschland und entbietet ihnen seinen Gruß. Er verspricht ihnen möglichst rasche Rückkehr in die Heimat. Er versichert den roten Soldaten, daß die große Mehrheit des von der Entente unterdrückten deutschen Volkes warm mit ihnen und ihren Bestrebungen sympathisiere.

Ein Klub kommunistischer Abgeordneter in Tschechien

TU. Prag, 7. Oktober.

Der tschechische kommunistische Abgeordnetenklub wird aus siebzehn Abgeordneten bestehen, und zwar aus 15 Tschechen und zwei Ungarn. Wie die Prager „Tribuna" berichtet, wurden in Brünn aus der sozialdemokratischen Partei, in der die Kommunisten die Mehrheit haben, alle Führer der Rechten ausgeschlossen.

Die Stellung der Organisationen

Danzig

Eine Mitgliederversammlung der Danziger U. S. P. D. erklärte sich gegen wenige Stimmen für den Anschluß an die dritte Internationale, lehnte aber die Moskauer Bedingungen ab, da sie undurchführbar seien.

Peine (Hannover)

In der Kreiskonferenz, die am Sonntag in Peine stattfand, sprach Genosse Plettner (Hannover) für die Annahme, Genosse August Karsten für Ablehnung der Bedingungen. Nach dreistündiger, sachlicher Diskussion wurde mit 24 Stimmen folgende vom Genossen Karsten eingebrachte Resolution angenommen:

„Die Konferenz des Kreises Peine fordert den Zusammenschluß der revolutionären Parteien aller Länder, die auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen. Durch die Bedingungen und Statuten der 3. Internationale wird die Diktatur des Proletariats zu einer Diktatur über das Proletariat. Die Bedingungen verlangen von der U. S. P. D. Verurteilung ihrer bisherigen Politik. Die Konferenz vertritt den Standpunkt, daß die Parteipolitik im bisherigen Rahmen unserer Tätigkeit weitergeführt werden muß. Wird dieses von der 3. Internationale zugestanden, ist der Weg für den Anschluß frei."

Eine Resolution Kratz, die sich für Annahme der Bedingungen erklärte, erhielt nur 4 Stimmen; 2 Delegierte enthielten sich der Stimme.

Aus den Berliner Parteiorganisationen

Die Stellungnahme der Distrikte

In einer Generalversammlung des 12. Distrikts wurde ein Antrag angenommen, der der Redaktion der „Freiheit" das schärfste Mißtrauen ausspricht.

Im 9. Distrikt wurde durch eine Resolution der sofortige Rücktritt der „Freiheit"-Redaktion gefordert. Der uns gegangene Bericht spricht davon, daß die Resolution gegen 7 Stimmen angenommen worden sei. Wir sehen uns daher gezwungen, festzustellen, daß vor der Abstimmung mindestens ein Drittel der Besucher den Saal verließ. Grund: Wüste Beschimpfungen und Drohungen durch die Anschlußbefürworter.

Aus der Partei

An die Delegierten der Bezirksorganisation Berlin-Stadt

Die Ausgabe der Mandate zum Parteitag erfolgt am Freitag, den 8., und Sonnabend, den 9. d. M., im Parteibureau, Beuthstraße 3-8, in der Zeit von 10—5 Uhr. Es empfiehlt sich, da nicht alle Genossen den Sekretären persönlich bekannt sind, eine ausreichende Legitimation mitzubringen.

Die Geschäftsleitung. J. A. Fritz Schneider.

Die Freilassung Eisenbergers abgelehnt. Der Geschäftsordnungsausschuß des bayrischen Landtags hat am Dienstag einen Antrag der Unabhängigen auf Freilassung des wegen Hochverrats verurteilten kommunistischen Abgeordneten Eisenberger mit allen gegen 6 sozialistischen Stimmen abgelehnt.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
treibt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol
Preis M. 3.– in Apotheken u. Drogerien erhältlich
Vorsicht vor Nachahmungen. Kukirol steht einzig da

Grosse öffentliche Kundgebung

Mittwoch, den 13. Oktober 1920, abends 7 Uhr, in der „Neuen Welt", Hasenheide

Wie die Arbeiterjugend Russlands lebt und kämpft und was sie von der deutschen Jugend erwartet!

Referenten: Willy Münzenberg, Mitglied des Exekutivkomitees der Komm. Jugendinternationale
Kurt Leinhardt, Delegierter zum Moskauer Kongreß der 3. Internationale

Nach den Ansprachen Vorführung des Films vom Moskauer Kongreß

Jugendliche! Erscheint in Massen! **Erwachsene! Unterstützt die Kundgebung der Jugend!**

Kommunistische Jugend, Bezirk Groß-Berlin

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr: Nach Damaskus, I. Teil

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr: Nora

Neues Operettenhaus
Direktion Jean Kren
7 Uhr:
Die Csikósbaroness
Operette in drei Akten nach einem Motiv Petőfis von Rein. Grünbaum.

Staatstheater
Opernhaus
7 Uhr:
Bohème
Schauspielhaus
7 Uhr:
Die Journalisten
Direktion: Max Reinhardt.

Deutsches Theater
7 Uhr: Einsame Menschen

Kammerspiele
7½ Uhr: Stella

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 Uhr: Danton
(Außer Abonnement)

Direkt.: Victor Barnowsky
Lessing-Theater
7 Uhr:
Peer Gynt
(Lyx, Gröning, Lossen)
Sonnabd. bis Montag 7½ Uhr:
Das Gelübde
(Konstantin, Lose, Kühfuß, Lind)

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
(Max Adalbert, Trude Hesterberg)

Theater i. h.
Königgrätzer Str.
8½ Uhr: Mirandolina
Sonnabend zum 1. Male:
7 Uhr: Rausch
von August Strindberg
(Maria Orska, Alfred Abel, Johannes Riemann, Frieda Richard, Rose Feldblick, Ernst Deutsch, K. A. Römer, Hugo Bauer, Werner Stein, Rudolf Jünger)
Sonntag: Rausch

Komödienhaus
½8 Uhr: Der Herr Minister
mit Max Pallenberg

Berliner Theater
½8 Uhr: Der letzte Walzer
mit Fritzi Massary.

Rose-Theater
7½ Uhr:
Der Anti-Christ

Trianon-Theater
Täglich ½8 Uhr:
Der Roman einer Frau
(Ida Wüst, Burg, Limburg, Valetti, Falkenstein)
Sonnab. 4 U.: Rotkäppchen

Residenz-Theater
Heute nachm. 4 Uhr kl. Preise:
Schneewittchen
Täglich ½8 Uhr:
Die Freundin
(Alice Durieux, Toelle, Bilde, Albers, Bellmin)
Sonnab. 4 U.: Struwwelpeter

Walhalla-Theater
Tägl. 7½, Sta. nachm. 3½ und abends 7½ Uhr: Gastspiel Wilhelm Hartstein in „Der Stolz der 3. Kompagnie".

Königstadt-Theater
(Jannowitzbrücke)
Täglich 7½
Gala-Sänger
Im Ballsaal: Tanz

Kammer-Tanzspiele
Bülowstr. 6, am Nollendorfplatz
Tägl. 7½ Uhr:
Orientalisches Ballett
Kiki Kiami Bro.

Theater a Kottbus Tor
Tel. Moritzplatz 14614.
Tägl. 7½ u. Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
Blüthgen-Konzert
Vorvk. 11—1½ u. 4—6 U.

½8 **Folies Caprice** ½8
Versicherung gegen Ehebruch
mit Ferd. Grünecker.

½8 **Casino-Theater** ½8
Knorp's sel. Witwe
Stg. 3½ U.: Der Hausdrache

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218
7½ allabendlich 7½
Harems-Nächte
Sonntags 3½ U. 1 Kind frei.

Walhalla Theater
a. Rosenthaler Pl.
Täglich 7½ Uhr:
Wilhelm Hartstein
in
Der Stolz der 3. Komp.
u. d. gr. Oktober-Programm
Die 5 Karley's
Marga u. F. Daré
Charl. Montrell
K. Edler u. Nicki
Die 4 Elfner's
Neue ?????
Sonntags 2 Vorstellungen

Tanzpalast Königstadt-Kasino
Holzmarktstraße 72
am Bhf. Jannowitzbrücke
Täglich Ball
Wochentags 7½, Sonntags 5 U.

Ufa
Ufa-Palast am Zoo
Tauentzien-Palast
Mozart-Saal am Nollendorfplatz
Kammer-Lichtspiele am Nollendorfplatz
U Nollendorfplatz
U Kurfürstendamm 26
U Friedrichstr. 120
U Alexanderplatz
U Weinbergsweg 18
U Schönhauser Allee
U Hasenheide 54

7 und ½9 Uhr
CABIRIA
Der Kampf um die Weltherrschaft

Die heilige Simplicia
Filmlegende in 6 Akten von
Thea von Harbou
Der zweite May-Regie-Meisterfilm
Hauptrollen Eva May
Alfred Gerasch
vom Burgtheater Wien

2. Woche
Whitechapel
Regie: E. A. Duponi
Hauptdarsteller:
Mierendorff
Grit Regesa

2. Woche
Sumurun
Regie
Ernst Lubitsch
Hauptrolle:
Pola Negri

MOJ
Schauspiel in 5 Akten
Regie: Rudolf Biebrach
Hauptrolle:
Lotte Neumann

Reingefallen
B. B. Lustspiel in 3 Akten mit
Arnold Rieck

Der Henker von St. Marien
Künstlerische Oberleitung:
Joe May
Verfasser und Regisseur:
Fritz Freisler
Hauptrolle:
Eva May

Die Tarantel
Sensationsfilm von Karl Figdor
Regie: Rudolf Biebrach

Das Valutamädel
mit Ossi Oswalda

Wochentags ab 7 Uhr
Sonntags Beginn 4 Uhr

Verein Berliner Buchdrucker u. Schriftgiesser

Die Obleute der ausgesperrten Personale werden ersucht,

heute, Freitag, nachm. 3 Uhr,

im „Graphischen Vereinshaus", Alexandrinenstraße 44, zu erscheinen.

Vertrauensmänner-Versammlung

am **Montag, den 11. Oktober 1920,** abends 6 Uhr, in **Max Kliems Festsälen,** Hasenheide 13-15.

Näheres wird noch bekanntgemacht.

Der Gauvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85

Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 10. Oktober cr., vormittags 10 Uhr,

Branchenversammlung

der Bauanschläger

im „Gewerkschaftshaus", Engelufer 15, Saal 8.

Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Es müssen in dieser Versammlung über die weiteren Schritte in unserer Lohnbewegung Beschlüsse gefaßt werden, von denen jeder Kollege genau informiert sein muß. Darum ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.

Das Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Schlosser
Rudolf Bartel
Wilhelmshavener Straße 67, am 5. d. Mts.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 9. Oktober, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Kirchhofes, Pappelallee, aus statt.

Der Arbeiter
Eduard Raske
Kopernikusstraße 5, am 5. d. Mts.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 9. d. Mts., nachm. 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Markuskirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.

Der Hilfsmonteur
Heinrich Holland
Falckensteinstraße 34, am 5. d. Mts.

Die Beerdigung findet am Montag, den 11. d. Mts., nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in der Hermannstraße aus statt.

Der Hobler
Rudolf Dachwitz
Bernauer Straße 139, am 5. d. Mts.

Die Einäscherung findet am Montag, den 11. d. Mts., nachm. 2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß das Mitglied, der Werkzeugmacher
Wilhelm Agotz
Manteuffelstraße 117, am 5. d. Mts. verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Karbid billiger wie Gas!

Karbidlampen
von **4.50** Mk.
Wiederverkäufer Extrapreise
Karbid
stets am Lager
in allen Körnungen pro Trommel **490** Mk.
Einzelverkauf **5.50** Mk.
Franz Kuntze
Fahrradhaus Gazelle
42 Weber-Strasse **42**
Man achte auf die Hausnummer
Fernruf Alexander 2531

Dauerwäsche repariert Born, Reichenberger Straße 7.

Spezialarzt Dr. Schelhas.
Potsdam. Str. 1 III b, a. d. Lützowstr. 10-1, 3-7, S. 10-1, Haut-, Harn-, Geschlechtskrkh., Krampfadern, Blutunters. Syphilistur mit Silbersalvarsan, Schnelle, gründl., schmerzlose Behandlg. o. Berufsstörg. Beste Heilmittel. Sichere Dauererfolge auf jahrelang erprobt. wissenschaftl. Grundlage. Frauenleid. Mäßig. Honorar (nur geringer Aufschlag zum Friedenspreis).

Spezialarzt
Dr. med. Roeder
für Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervöse Schwäche, Beinkranke, Behandl. schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung in
Dr. Homeyer & Co.
konzess. Laborat. für Blutuntersuch. Fäden, Harn etc.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Passept.
Königstr. 56-57, gegenüb. Rathaus
Spr. 10-1, 5-8, Sonnt. 10-1
Teilzahl. Separ. Damenz.

Spezial-Arzt Dr. Ekoni für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Hernleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, gegen Syphilis, kombin. Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen, im ältesten Kur. Institut „Löser senior" 9—1, 4—8, Sonnt. 9—1, Nur Rosenthaler Str. 69-70 Damen separat Rosenthaler Platz.

Spezial-Arzt Dr. Zaffe für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäck. Hernleid., Ausschlag, nerv. Schwäche, Syphilis, Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen, Beschneidungen in der Heil-Anst. „Löser", nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separat. **Dir. O. Löser, Münzstr. 9**

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Gebisse kauft tägl. v. 9—6 zu den denkbar höchst. Preisen
Sendungen v. außerhalb werden schnell u. gewissenhaft erledigt
Herstein, Blumenstr. 87 Kgst. 870

Ziehung 13. u. 14. Oktober.

Rote + Lotterie
für die Freiwilligen Sanitätskolonnen.
100 000 Lose — 4155 Gewinne i. Gesamtw.
Hauptgewinne **100000** M. **50000** M.
Rote Kreuz-Lose 3.00 M. [10 Lose sortiert 36 M.]
Porto und Liste 90 Pfg. extra.
Zu haben in allen Lotteriegeschäften und durch
Lud. Müller & Co.
Berlin W. 56, Werdercscher Markt 10.

Metallschmelzwerk
kauft für eigenen Bedarf **Alt-Metalle**
Spez.: Reinzinn, Lötzinn, Blei, Lagermetalle und zahlt als Selbstverbraucher die höchsten Preise.
Erich Liepmann
Mariannenstr. 18. Moritzplatz — 6304. —

Kaufe jeden Posten **Alt** Metalle Eisen Papier, Zeitungen weit über Tagespreis
Willy Seydlitz
Hermannplatz 4
Tel. Moritzpl. 7291
Ein Versuch wird Sie zu meinem dauernden Kunden machen

Platin-, Gold-, Silber-
BRUCH
Kontakte, Brennstifte, Uhren, Ketten, Barren **Brillanten** Zahngebisse, auch zerbrochene
kauft zum höchsten Tageskurse
Metallkontor Zentrum
BERGER & WEISS
Edelmetall-Großhandlung
handelsgerichtlich eingetragen
Berlin, SW., Kochstraße 3
zwischen Wilhelm- und Friedrichstraße.
Wir inserieren prinzipiell keine Preise, zahlen aber doch die **höchsten** Preise, wovon Sie ein Besuch bei uns überzeugen wird.
Händler erhalten telephonisch Tagespreise!
Eigene Schmelze
Telephon Kurfürst 3771 — Besuchszeit 9 bis 6

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Norden 106 21.

Armeepistolen und **Jagdwaffen** kaufen F. W. Sandrey & Co., Gewehrfabrik Berlin SW 68, Lindenstr. 96.

Kupfer
Messing, Zinn usw.
Quecksilber, Zahngebisse
Platin-, Gold-, Silberbruch
weit über Tagespreis
Brunnenstr. 11
Beusselstr. 29
Fennstr. 48
Weidenweg 72

Alteisen Altmetall
jeder Art kauft höchstzahlend
Kleine Hamburger Straße 4.

Die höchsten Preise für
Zinn Weissmetall
Kupfer u. a. Metalle
zahlt u. kauft laufend
Victor, Mainzer Straße 26
zwischen Bhf. Gesundbrunnen u. Schönhauser Allee.

Metalle Quecksilber Zinn Weißlager
kaufen laufend
Schulzendorfer Straße 2
Kösliner Straße 6
Swinemünder Str. 109
Kurfürstenstraße 9
nahe Potsdamer Straße
Neukölln,
Schillerpromenade 23

Metalle
Kupfer, Rotguß, Blei, Messing, Zink, Zinn und Lagermetall, Quecksilber unüberbietbare Tagespreise
Zuckermann,
Elsasser Straße 9, vorn II Tr.
Norden 4661.

Kupfer, Rotguß, Messing, Blei, Zink, sow. w. Lagermetall, Quecksilber, Zinn u. Aluminium kauft höchstzahlt. Tilsiter Str. 81, 2. l. Frankfurt. Allee.

Weißmetall, Zinn, sowie sämtl. Metalle höherer Preise.
Lichtenberg, Niederdorfstraße 9.

Kupfer
Rotguß, Messing, Zink, Blei usw. zahle wirklich höchste
Schmelzpreise
Pintschstraße 19
(am Petersburger Platz)

Metall-Einkauf
Charlottenburg, Wallstr. 53
Berlin, Stubbenkammer-Str. 8
Zahle für Metalle jeder Art außergewöhnlich hohe Preise!

Eine Sensation
sind meine hohen Preise für
Kupfer, Messing usw.
Ueber 50 M. 1 M. Fahrgeld
Grüner Weg 43 Ecke Koppenstr.

Höchste Preise
für Zinn, Quecksilber, sowie sämtliche Altmetalle
Neue Hochstraße 38.

Die
Neuköllner Metall-Einkaufs-Zentrale
Kottbuser Damm 66, am Hermannplatz, kauft
Kupfer, Messing, Blei, Zink.

Nur
Lothringer Str. 48
im Hof und
Bernauer Str. 98
kauft zu unüberbietbaren Preisen
Kupfer, Messing
Quecksilber Blei, Zink.

Metall-Ankaufsstelle -Osten
Grüner Weg 85
zahlt höchste Tagespreise für
Kupfer, Messing, :: Blei Zink usw. ::

Kupfer
Messing, Blei, Zink
Quecksilber
zahlt die höchsten Tagespreise
Lychener Str. 5
an der Hochbahn Danziger Str.

Erwerbslose Frauen! Verlangt den Aufruf von Luise Ziez, „Willst du arm und unfrei bleiben?" (30 Pfg.), gegen Einsendung von 40 Pfg. von der Buchhandlung „Freiheit", Berlin, Straße 54.

Der neue Ulster
Modernste Schöpfung unserer Kleiderwerke
fertig und nach Maß
Raglans, Schlüpfer, Sportulster und andere Fassons, fertig M. 1200, 1000, 850, 750, 650 u. **550**
Paletots aus hochfeinem Friedensmaterial, fertig . . . . . M. 1200, 1000, 900, 700, 650 und **550**
Anzüge aus erstklassigen Stoffen, fertig . . . . . M. 1400, 1250, 1100, 950, 790, 650 und **600**
Cutaways u. Westen in nur guter Qualität, fertig . . . . . M. 900, 800, 725 und **575**
Hosen in vornehmen Streifenmustern, Cheviot und Kammgarn, fertig . . . . . M. 425, 375, 290, 250, 170, 150, 125 **90**
Gummimäntel mit Fassen und hochgeschlossen, mit und ohne Gürtel . . . . . M. 1200, 900, 790, 690, 590 und **425**
Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** Keine Filialen mehr
Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Kreuzfüchse 300 M. Maskos, Blaus, Zobels, Silbers und Weißfüchse, Damen-Pelzmäntel, Herren-Pelze u. Sportpelze bis zur Hälfte der Preise herabgesetzt. Ferner Cutaways, Paletots, Ulsters, früher bis 1200 Mk., jetzt 350 bis 450 Mk. Große Posten Hosen, Stück 60 Mk. (Keine Lombardwaren.) Leihhaus Moritzplatz 56 a. Größtes Spezialhaus dies. Art

Erster Betriebsräte-Kongreß Deutschlands

Ausklang

Robert Dißmann erhält das Wort. Von den Aufgaben des revolutionären Sozialismus ausgehend, müssen wir das Arbeitsgebiet der Betriebsräte abgrenzen. Unsere Aufgabe als Klasse ist heute die Verwirklichung des Sozialismus. Die Frage ist, sind wir vorbereitet zur Lösung der Aufgabe. Wir werden gerüstet sein, wenn es dem Betriebsrätekongreß gelingt, die Zusammenfassung der Arbeiter- und Angestelltenschaft auf eine Marschroute zu vollbringen, das Proletariat zu vereinigen zum Kampf um den Sozialismus. Planmäßig müssen wir die großen Bewegungen führen und sie fest in der Hand behalten. Das muß Richtlinie sein für die Arbeit der Betriebsräte. Was uns das Gesetz nicht gegeben hat, müssen wir mit geschlossener Macht erkämpfen. Auch das ist eine Aufgabe der Betriebsräte. Und dazu können wir uns nur mit Sozialisten verbünden, nicht mit Gelben, Blauen und Christen. Die Gegenwartsarbeit und der Kampf um das Zukunftsziel müssen die Betriebsräte verbinden. Dazu gehören verständiger und ruhiger Ernst im Verein mit unerschütterlicher Entschlossenheit.

Die Versammlung folgt aufmerksam der Rede und stimmt Dißmann lebhaft zu, wenn er sich gegen Methoden wendet, die die tägliche Kleinarbeit als „konterrevolutionär“ verunglimpfen und in der pathetischen Geste die wesentlichen Aufgaben der Betriebsräte erblicken. Gesund muß sich der Rätegedanke entwickeln, ruft Dißmann in den Saal, auf dem gesunden Boden ernster Arbeit.

Die wirtschaftlichen Räte haben im gegenwärtigen Stadium die Aufgabe, sich in den Wirtschaftsprozeß hineinzuknien, um Vorbereitungen zu treffen zur Umstellung der Wirtschaft in sozialistische Bahnen. Das ist ihre revolutionäre Aufgabe.

Aber nicht die Betriebsräte allein können das leisten, sondern die Massen der Arbeitenden miteinander, die in den Gewerkschaften organisiert sind. Darum muß der Betriebsrat aufs engste verbunden sein mit seiner Gewerkschaft, die sein Mutterboden ist. Die Gewerkschaften sind die Einheitsfront des Proletariats. Sie neu zu festigen und zu verteidigen gegen den Versuch ihrer Spaltung durch Zertrümmerung der Amsterdamer Internationale ist auch eine Aufgabe der Betriebsräte.

Dißmanns Rede ruft stürmischen Beifall des Kongresses hervor.

Einstimmig wird sodann eine Entschließung angenommen, die den ausgesperrten Angestellten der Zeitungsbetriebe die Solidarität ausspricht. Einmütig protestiert der Kongreß im Namen der Arbeiterschaft Deutschlands gegen die Brutalität des Zeitungskapitals.

Sodann erhält Nörpel das Wort. Er gibt in instruktiven Darlegungen ein Bild von den Bemühungen der Unternehmer, das Betriebsrätegesetz zunichte zu machen.

Den Betriebsräten und dem Kampf um das Mitbestimmungsrecht gehörte von jeher die Unterstützung der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung, betont Nörpel. Heute wieder rufen die Organisationen die Angestellten an die Front zum Kampf um die Produktionskontrolle.

Der Kommunist Brendler spricht als Korreferent. Er will herausstellen, was seine Freunde von Dißmann trennt. Weil auch in den freien Gewerkschaften alle politischen Richtungen bis zu den Konservativen vertreten seien (der Kongreß lacht), darum sei es falsch, wenn die Organisation der Betriebsräte nur die freigewerkschaftlichen Betriebsräte umfassen und die Hirsche und Christen ausschalten soll. Er fordert für die Betriebsräte — als „Welterscheinungsgrundlage“ — die Anschauung, daß wir aus der Verwüstung der Wirtschaft nicht herauskommen durch den legalen Kampf auf dem Boden dieses Staates und seiner Gesetze. Ein erster Schritt zur Revolutionierung der Organisation der Arbeiterklasse wie zur Förderung der Revolution würde es sein, meint Brendler, wenn die Betriebsräte sofort in den revolutionären Kampf um eine „Inventuraufnahme“ eintreten und dabei den Kampf um die sofortige Beseitigung des Kapitalismus, den Brendler als geschwächt und am Boden liegend vorstellt, organisieren und leiten. Eine These, deren Zweck und Sinn Brendler nur höchst ungenügend darstellt und begründet. Wenn die Betriebsräte sich auf den Boden des Gesetzes stellen, dann werden sie zu konterrevolutionären Organen, sagt Brendler. Sie müssen das Gesetz sprengen und sie müssen Rechte über den Rahmen des Gesetzes hinaus an sich reißen, noch weit mehr Rechte als im November 1918. Auch hier läßt Brendler die Anweisungen über die Mittel und Wege vermissen. Er erklärt nur immer wieder, daß die Arbeiter nur „ihre Macht gebrauchen“ sollten.

Richard Müller als zweiter Korreferent vertritt das Organisationsstatut der Berliner Betriebsrätezentrale als Vorbild für die selbständige Betriebsräteorganisation. Damit die Arbeiterschaft als Klasse den Endkampf führen kann, müßten — meint Müller — auch die nicht freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte in die Zusammenfassungen aufgenommen werden, wofür er bei der Versammlung wenig Verständnis findet.

Nachdem Losowsky in längerer Rede, gewissermaßen als dritter Korreferent, über die Erfahrungen und Arbeiten der Betriebsräte in Rußland berichtet hat, beginnt die Diskussion.

Die Versammlung aber ist durch sechs Referate ermüdet. Nachdem wenig Redner zur Sache gesprochen haben, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Dieser schnelle Debatteschluß ist bedauerlich. Es wäre wünschenswert gewesen, daß die Delegierten zahlreicher zum Wort gekommen wären. Sicher war das auch der Wunsch der erschienenen Betriebsräte. Aber es ist nicht zu verkennen, daß der Kongreß durch die fortgesetzten, zum Teil provozierten Geschäftsordnungsdebatten in eine Zwangslage gebracht worden ist, aus der der Entschluß zur schnellen Beendigung der Debatte geboren wurde. Wie gesagt: ein wenig erfreuliches Bild, wofür jedoch nicht die Mehrheit des Kongresses die Schuld trägt.

Brendler sagte in seinem Schlußwort, das bei weitem nicht die Wirkung erzielte wie sein Referat, daß der Kongreß nicht die Arbeit geleistet hat, die zu leisten war. Das stimmt. Aber der Kongreß ist ein Anfang, kein „Schlußpunkt“, wie Brendler sagte. Der Kongreß hat eine Aufgabe erfüllt, indem er die Probleme aufgezeigt hat, die die Betriebsräte beschäftigen werden. Er hat eine weitere Aufgabe erfüllt, indem er der neuen Betriebsrätezentrale eine Aufgabe gestellt hat, eine große Aufgabe. Haben die Männer der Zentrale das begriffen? Das wird sich zeigen müssen und nicht zuletzt von ihrer Arbeit wird es abhängen, ob man einst sagen kann, daß die Arbeit des Kongresses fruchtbringend war.

Dritter Verhandlungstag

Die gestrige Tagung wurde von dem Vorsitzenden Reineckens um 8½ Uhr eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Bohnsack-Kiel zur Geschäftsordnung, mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit, die dem Kongreß zur Verfügung steht, und damit den Betriebsräten Gelegenheit gegeben wird, sich rege an der Diskussion zu beteiligen, die Korreferate abzulehnen. Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung bekommt dann Dißmann zu seinem Referat über:

Die Aufgaben der Betriebsräte

das Wort.

Dißmann: Wenn wir die Aufgaben der Betriebsräte zeichnen wollen, dann müssen wir auf die Entwicklung, die zu den Betriebsräten geführt hat, Rückschau halten. Wir müssen orientiert sein in den Grundanschauungen des revolutionären Sozialismus. Wir haben aber auch die Aufgabe, zu prüfen, ob die Betriebsräte im Rahmen des Betriebsrätegesetzes tätig sein können, oder ob wir uns unsere Gesetze selber machen müssen. Das letztere ist es, wofür wir uns einzusetzen haben. Als Sozialisten müssen wir erkennen, daß wir uns heute nicht mehr auf eine rein propagandistische Tätigkeit einstellen können. Wir müssen vielmehr die Tätigkeit der Betriebsräte wie auch der Gewerkschaften auf revolutionärer Grundlage aufbauen, um zur Verwirklichung des Sozialismus zu kommen. Unsere Haltung müssen wir von dem Gesichtspunkt bestimmen lassen, daß die Aufrichtung des zerstörten Wirtschaftslebens ermöglicht wird. Es ist nun die Frage aufzuwerfen, ob sich im gegenwärtigen Augenblick der Sozialismus verwirklichen läßt. Ich gehe aber weiter und frage: Ist die Arbeiterklasse für den Sozialismus reif? Da sage ich, daß dem Proletariat die Reife heute ebenso fehlt wie im Jahre 1914, wo die ökonomischen Grundbedingungen zur Verwirklichung des Sozialismus günstiger als jetzt waren. Heute ist der Wirtschaftskörper zerstückelt, die Masse des arbeitenden Volkes steht vor dem Abgrund der größten Not. Dadurch ist ein Faktum geschaffen, das wir mit in unsere Erwägungen ziehen müssen, und das weitere ist, daß die Moral der Menschen durch den Krieg und dessen Folgeerscheinungen nicht gebessert worden ist. Wir brauchen aber eine Gesundung des Wirtschaftskörpers, denn der Sozialismus braucht reale Unterlagen, er läßt sich nicht mit Knüppeln und harter Gewalt „einführen“.

Groß ist die Verwüstung, die der Weltkrieg auf allen kulturellen und ökonomischen Gebieten angerichtet hat. Wir müssen, wenn wir an den Aufbau der Wirtschaft gehen wollen, die Sünden der Kapitalistenklasse mit auf die Rechnung setzen. Die fürchterliche Wirtschaftskrise ist ja hauptsächlich dadurch entstanden, daß der Kapitalismus seine eigenen Gesetze außer acht gelassen hat. Eins steht jedoch fest: das internationale Kapital hat sich längst ausgesöhnt, während das Proletariat sich noch heute national die Köpfe einschlägt. (Sehr richtig!) Das liegt daran, daß die Kapitalisten als Klasse die Notwendigkeit der unbedingten Solidarität erkannt haben.

Deutschland gleicht jetzt dem großen Warenhaus, das einen Bankrott-Ausverkauf macht. Die Kaufkraft des Reallohns der werktätigen Bevölkerung ist auf dem Nullpunkt angelangt. Damit will ich aber nicht die Phrase unterschreiben, daß die Gewerkschaften nicht in der Lage waren, den früheren Reallohn zu erhalten. Ehe nicht eine Stabilität der Wirtschaft eintritt, wird die Verelendung der breiten Massen nicht aufgehalten. Auf der anderen Seite sehen wir aber, daß die Kapitalisten durch ihre wahnsinnige Preispolitik Milliarden über Milliarden Ueberprofit eingesteimst haben. Die völlige Zerstörung der Wirtschaft und die Verelendung der breiten Volksschichten waren die Folgen. So ist Deutschland jetzt ein Unternehmen auf Abbruch. Nicht nur Ziegeleien, wie hier angeführt worden ist, sind abgerissen worden, sondern die Unternehmer sind dazu übergegangen, die so notwendig gebrauchten Werkzeugmaschinen als Schrot zu verkaufen, weil das einen höheren Profit abwarf. Dieser wahnsinnigen Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft muß durch die Betriebsräte ein Ende gemacht werden.

Wenn behauptet wird, daß die Wirtschaftskrise im Abflauen sei, so sage ich hier vor aller Oeffentlichkeit, daß es ein Unsinn ist; durch die amtlichen Zahlen konnte ich feststellen, daß die Arbeitslosenziffer ständig anschwillt. Die sich daraus ergebende Verelendung kann nur beseitigt werden, wenn an Stelle der kapitalistischen, anarchischen Produktionsform eine planmäßig aufbauende Produktionsform gefunden wird, und das kann nur durch die Verwirklichung des Sozialismus geschehen. Dieser Betriebsrätekongreß darf darum die hohen Aufgaben, die er zu erfüllen hat, und die gegenseitige Verständigung nicht durch persönliche Niederreißung erschweren, sondern muß vielmehr einen Ausweg finden, der praktische und positive Arbeit ermöglicht.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags haben wir zur Linderung der Not der Erwerbslosen eine Anzahl Anträge eingebracht, wir haben verlangt, da man im Kriege Milliarden verschleudert hat, um Menschen zu vernichten, jetzt Milliarden zur Erhaltung von Menschen auswerfen soll. Diese, aus allgemeinen Mitteln zu stellenden Summen sollen nicht nur zu Unterstützungszwecken, sondern auch zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten bereitgestellt werden. Wir haben deshalb im Volkswirtschaftlichen Ausschuß auch verlangt, daß Rohstoffe, Baumaterialien usw. angeschafft werden. Alle diese Anträge wurden aber abgelehnt, weil wir auch verlangten, daß dabei der privatkapitalistische Profit ausgeschaltet werden soll. Wir können immer erneut feststellen, daß das Bürgertum und die Kapitalisten geschlossen handeln, wenn es um ihre Interessen geht. Das Herz muß einem bluten, wenn man auf der andern Seite sieht, wie sich das Proletariat selbst zerfleischt. Wenn dieser Betriebsrätekongreß nur eins mit nach Hause nehmen wollte, nämlich die Erkenntnis, daß nur die Einigung des Proletariats uns aus diesem Elend herausbringen kann! (Lebhafter Beifall.)

Schwer lastet der Versailler Frieden auf unserer Volkswirtschaft. Er war die notwendige Folge von Brest-Litowsk. Wir klagen nicht darüber, aber die Frage müssen wir aufwerfen: wer kann uns, d. h. das Proletariat, von dieser internationalen Kapitalistenherrschaft befreien? Und da sage ich: wenn das internationale Kapital gestürzt werden soll, dann müssen sich die Proletarier aller Länder die Bruderhand reichen. (Beifall.)

(Fortsetzung im Hauptblatt 3. Seitte)

Hunger

1] Roman von Knut Hamsun.

Weiter ging ich durch die Straßen und trieb mich unbekümmert umher, blieb an einer Ecke stehen, ohne daß es nötig war, bog ab und ging in eine Seitengasse, ohne dort etwas zu tun zu haben —; ich ließ mich an diesem fröhlichen Morgen ziellos treiben und wiegte mich sorglos unter andern glücklichen Menschen hin und her; die Luft war leicht und klar, und auf meinem Gemüt lastete kein Schatten.

Seit zehn Minuten hinkte ununterbrochen ein alter Mann vor mir her. Er trug ein Bündel in der einen Hand und ging mit seinem ganzen Körper und arbeitete mit aller Macht, um vorwärts zu kommen. Ich hörte, wie er vor Anstrengung pustete, und mir fiel ein, daß ich ihm sein Bündel tragen könne; aber ich versuchte nicht, ihn einzuholen. Oben an der „Grenze“ begegnete mir Hans Pauli, der grüßte und vorüberhastete. Weshalb hatte er so große Eile? Ich hatte durchaus nicht im Sinn, ihn um eine Krone zu bitten, und mit allernächstem wollte ich ihm auch die Bettdecke zurückschicken, die ich vor ein paar Wochen von ihm geliehen hatte. Sobald ich nur erst wieder ein wenig gewonnenes Spiel haben würde, wollte ich nicht der Mensch sein, der jemandem eine Decke schuldig blieb; vielleicht konnte ich heute noch einen Artikel über „die Verbrechen der Zukunft“ oder die „Freiheit des Willens“ oder sonst irgend etwas anfangen, etwas Lesenswertes, wofür man mir mindestens zehn Kronen geben würde . . . Und beim Gedanken an diesen Artikel fühlte ich mich plötzlich von dem Drange erfaßt, sofort anzufangen und aus meinem vollen Hirn zu schöpfen; oben im Schloßpark wollte ich mir einen passenden Sitzplatz suchen und nicht eher ruhen, als bis der Artikel fertig.

Aber der alte Krüppel vor mir auf der Straße machte noch immer seine zappelnden Bewegungen. Schließlich begann es mich zu ärgern, daß ich diesen gebrechlichen Menschen die ganze Zeit vor mir hatte. Seine Reise schien gar kein Ende nehmen zu wollen; vielleicht wollte er genau nach derselben Richtung wie ich, und ich würde ihn den ganzen Weg vor mir haben. In meinem Aerger kam es mir vor, als ob er an jeder Querstraße seinen Schritt mäßige und gleichsam warte, um zu sehen, welchen Weg ich nehmen würde, worauf er dann wieder sein Bündel emporschwenkte und mit aller Macht weiterging, um einen Vorsprung zu gewinnen. Wie ich dies verkrüppelte Geschöpf so vor mir sah, erfüllte es mich mehr und mehr mit Erbitterung; ich fühlte, wie es meine glückliche Stimmung nach und nach zerriß, und den reinen, schönen Morgen in Häßlichkeit zu sich herabzog. Er sah aus wie ein großes, humpelndes Insekt, das sich mit aller Gewalt auf einen Platz auf Erden niederlassen und das Trottoir für sich allein behalten wollte. Auf der Höhe angekommen, wollte ich es nicht länger dulden; ich blieb vor einem Ladenfenster stehen, um ihm Gelegenheit zu geben, weiter zu kommen. Als ich nach ein paar Minuten wieder anfing zu gehen, war der Mann abermals vor mir, auch er war stillgestanden. Ohne mich zu bedenken, machte ich drei, vier rasende Schritte, holte ihn ein und schlug ihn auf die Schulter.

Er blieb augenblicklich stehen. Wir starrten uns beide an.

„Einen Schilling zu Milch!“ sagte er endlich und legte den Kopf auf die Seite.

So; nun erging es mir gut! Ich suchte in meinen Taschen und sagte:

„Zu Milch, ja. Hm! Geld ist heutzutage knapp und ich weiß nicht, ob Sie sehr bedürftig sind.“

„Seit gestern in Drammen habe ich nichts gegessen“, sagte der Mann. „Ich habe nicht einen Heller, und Arbeit hab ich auch nicht gefunden.“

„Sind Sie Handwerker?“

„Ja, ich bin Nadler.“

„Was?“

„Nadler. Uebrigens kann ich auch Schuhe machen.“

„Das ändert die Sache“, sagte ich. „Warten Sie hier ein paar Minuten, ich hole Ihnen etwas Geld, ein paar Oere.“

In größter Eile ging ich die Pilestraede hinunter, wo ich von einem Pfandleiher im zweiten Stock wußte; übrigens war ich noch nie bei ihm gewesen. Als ich im Torweg war, zog ich schnell meine Weste aus, rollte sie zusammen und nahm sie unter den Arm; dann ging ich die Treppe hinauf und klopfte an die Bude. Ich grüßte und warf die Weste auf den Ladentisch.

„Anderthalb Kronen“, sagte der Mann.

„Schon gut“, entgegnete ich. „Wenn sie mir nicht ein bißchen zu eng würde, gäbe ich sie natürlich nicht weg.“

Er gab mir das Geld und den Pfandschein, und ich begab mich zurück. Diese Sache mit der Weste war eigentlich ein ausgezeichneter Einfall; mir blieb noch Geld zu einem reichlichen Frühstück übrig, und vor Abend war meine Abhandlung über die Verbrechen der Zukunft fertig. Auf der Stelle begann ich das Dasein freundlicher zu finden und eilte zurück zu dem Manne, um ihn los zu werden.

„Bitte!“ sagte ich. „Freut mich, daß Sie sich zuerst an mich gewandt haben.“

Der Mann nahm das Geld und begann mich zu mustern. Was starrte er mich denn an? Mir schien es, als ob er besonders meine Hosenknie betrachtete, und ich bekam seine Unverschämtheit satt. Glaubte der Schlingel etwa, daß ich wirklich so arm sei, wie ich aussah? Hatte ich nicht einen Artikel für zehn Kronen so gut wie angefangen? Ueberhaupt fürchtete ich nichts von der Zukunft; ich kochte in vielen Töpfen. Was kümmerte es also einen fremden Menschen, wenn ich an solch einem herrlichen Tage ein Trinkgeld weggab? Der Blick dieses Menschen ärgerte mich, und ich beschloß, ihm eine Zurechtweisung zu geben, bevor ich weiterging. Ich zuckte die Achseln und sagte:

„Mein guter Mann, Sie haben die häßliche Unart, Leuten auf die Knie zu glotzen, wenn sie Ihnen eine Krone geben.“

Er lehnte den Kopf ganz an die Mauer zurück und sperrte den Mund auf. Hinter seiner Bettlerstirn arbeitete etwas, er glaubte sicher, daß ich ihn anführen wolle, und gab das Geld zurück.

Ich stampfte mit dem Fuß und fluchte, er müsse es behalten. Glaubte er vielleicht, daß ich all die Schererei umsonst gehabt haben wolle? Möglicherweise sei ich ihm diese Krone sogar schuldig; ich erinnerte mich alter Schulden; er stehe vor einem Menschen, der bis in die Fingerspitzen hinein ehrlich sei. Kurzum, das Geld gehöre ihm . . . O, nichts zu danken! Es war mir eine Freude. Adieu.

Ich ging. Endlich war ich diesen verkrüppelten Plagegeist los und war nun ungestört. Wieder ging ich die Pilestraede hinab und blieb vor einem Viktualiengeschäft stehen. Im Fenster lagen Speisen vollauf und ich beschloß, hineinzugehen und mir etwas mit auf den Weg zu nehmen.

„Ein Stück Käse und ein Franzbrot!“ sagte ich und warf meine halbe Krone auf den Ladentisch.

„Brot und Käse für das Ganze?“ fragte die Frau ironisch, ohne mich anzusehen.

„Ja, für die ganzen fünfzig Oere“, antwortete ich.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Achtung! Arbeitslose Holzarbeiter!

Die Tischlerei „Maschinenfabrik Neukölln", Bergstraße 102—106, ist für unsere Mitglieder gesperrt.

Sämtliche im Betrieb Beschäftigten wurden, da sie einen Lohnabbau ablehnten, entlassen. Der Betrieb wurde 4 Wochen stillgelegt und nun versucht die Firma, Arbeitskräfte zu billigen Löhnen einzustellen.

Obiger Betrieb gehört zum Wertheim-Konzern, dieser hat es sich ganz besonders zur Aufgabe gemacht, seine Stoßkraft den Kapitalisten anzubieten.

Wir warnen unsere Mitglieder vor Annahme von Arbeit in obigem Betrieb.

*

Freitag, den 8. Oktober 1920, nachmittags 1 Uhr, findet eine Arbeitslosenversammlung in der Bötzowbrauerei, Prenzlauer Allee, Ecke Saarbrückerstraße, statt. Auf der Tagesordnung steht die Frage: Was vollzieht sich in der Berliner Holzindustrie? und Neuwahl der Arbeitslosenkommission. — Mitgliedsbuch oder Kontrollkarte legitimiert.

Die Arbeitslosenkommission. Die Ortsverwaltung.

Tarifamt der Holzindustrie

Nachdem sich das Tarifamt heute am 29. September 1920 auf den Standpunkt gestellt hat, daß der am 14. 7. 20 unter dem unparteiischen Regierungsrat Kohler gefällte Schiedsspruch für Berlin zu erfüllen ist, erklären die Herren Weinland und Hoop zu Protokoll:

„Wir werden unsere Mitglieder anweisen, den Schiedsspruch vom 14. 7. 20 anzuerkennen."

Berlin, den 29. September 1920.

Obmann der Arbeitgeber: P. Weinland. Obmann der Arbeitnehmer: Schleicher.

Einsetzer!

Die Siedlungsbauten Schöneberg, Luisenhof, sind für Einsetzer gesperrt.

Wir bitten, Zuzug fernzuhalten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Berlin.

Die Aussperrung der Viktoria-Angestellten

Auch am gestrigen Donnerstag hat die Direktion der „Viktoria" den Betrieb geschlossen gehalten. Die Angestellten, die sämtlich pünktlich zur Arbeit erschienen waren, formierten sich zu einem großen Demonstrationszug nach den „Kammersälen" und beschlossen nach Beratung nachstehende Resolution:

„Die am 7. Oktober 1920, vormittags 8 Uhr, in der Betriebsversammlung der Viktoria vollzählig versammelten ausgesperrten Angestellten billigen einstimmig die vom Betriebsrat in Uebereinstimmung mit den von den Gewerkschaften getroffenen Maßnahmen als eine unausbleibliche Folge des von der Direktion wider alles Recht gegenüber den Angestellten beliebten Verfahrens der Aussperrung.

Die Versammelten erheben einstimmig Protest gegen die dem Betriebsrätegesetz hohnsprechende gänzliche Ausschaltung des Betriebsrates aus den ihm zustehenden Rechten und Pflichten."

Achtung! Spandauer Heeresbetriebe

Betrifft Uebergangsgebühr (ein Wochenlohn).

Da durch Sabotage einzelner und Verlegung aller Abwicklungsstellen nach der neuen Pulverfabrik die Auszahlung verzögert wird, ersuchen die Vertreter der außenstehenden Arbeiterschaft diejenigen, welche ihr Geld noch nicht erhielten, noch 14 Tage zu warten.

Sollte die Zahlung in dieser Zeit nicht restlos erfolgt sein, werden wir euch zum Massenprotest aufrufen.

J. A.: Seidel, Leo, Jaster.

Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin

Den Betriebsräten aller Industriegruppen hiermit zur Kenntnis, daß die Bureaus der Zentrale der Betriebsräte an Wochentagen von 9 bis 5 und Sonnabends von 9 bis 1 Uhr geöffnet sind.

Wir machen die Betriebsräte darauf aufmerksam, daß sie versuchen müssen, alle ihre Obliegenheiten als Betriebsrat während der Arbeitszeit zu erledigen. Wir ersuchen die Betriebsräte, diesen Anregungen zu entsprechen und alle Betriebsrats-Angelegenheiten während der Arbeitszeit zu regeln. Die An- und Anmeldungen von Betriebsräten, sowie die Anmeldungen zu den Unterrichtskursen der Räteschule kann täglich von 9 bis 4, Sonnabends von 9 bis 12 Uhr, vorgenommen werden.

Zentrale der Betriebsräte.
gez.: Neumann, Geschke, Flesch.

Betriebsräte

Achtung! Mitglieder der Zentrale der Betriebsräte, Hauptausschußmitglieder und Vertreter der Gewerkschaften zur Zentrale, sowie alle Berliner Betriebsräte-Kongreßmitglieder!

Freitag, den 8. Oktober 1920, nachmittags 3 Uhr, in der Schulaula Steinstraße, kombinierte Sitzung aller Obengenannten.

Tagesordnung: Stellungnahme zu den Beschlüssen des Reichsbetriebsrätekongresses. Die Zentrale der Betriebsräte.

Achtung Steinsetzer und Berufsgenossen der Filiale Berlin

Wir ersuchen alle Betriebsräte, Betriebsobmänner und Vertrauensleute, bei Einstellung von Arbeitskräften darauf zu achten, daß jeder Kollege sich die Vermittlungskarte in unserem paritätischen Arbeitsnachweis hat ausstellen zu lassen. Gleichzeitig ersuchen wir, Meldung zu machen, wo unorganisierte Kollegen beschäftigt sind, außerdem Bericht zu geben über einzelne Forderungen der Arbeitgeber betreffs Arbeitspensum. Gleichzeitig machen wir bekannt, daß am Montag, den 11. Oktober, abends 7 Uhr, Invalidenstr. 1 (Harmonie) eine außerordentliche Versammlung stattfindet, in der ein Vortrag der russischen Delegation erfolgt.

Die Betriebsräte der Mühlenbau-Industrie beabsichtigen demnächst eine Reichskonferenz abzuhalten. Der Zweck der Konferenz soll sein, den zu erwartenden großen Auslandsbedarf auf die vorhandenen Betriebe zu verteilen, um damit die Betriebseinschränkungen und Stillegungen zu bekämpfen. Auch die Gestaltung der Verkaufspreise soll beraten werden. Bis jetzt haben 16 Betriebe (fast die ganze Industrie) mit schätzungsweise 20 000 Arbeitnehmern sich für die Beteiligung an der Konferenz erklärt. Die Werksdirektionen nehmen vorläufig eine ablehnende Haltung ein. Das Reichswirtschafts-Ministerium wird voraussichtlich vertreten sein. Auch in der Mühlenbau-Industrie ist trotz guter Zukunftsaussichten in den meisten Betrieben verkürzte Arbeitszeit, weil der Absatz infolge der zu hohen Verkaufspreise und der Ausfuhrschwierigkeiten augenblicklich stockt.

Die Vertrauensleute des Transportarbeiter-Verbandes aus den Zeitungsbetrieben, die sich im Streik befinden, treffen sich zwecks Information am Freitag, den 8. Oktober 1920, vormittags 10 Uhr im „Alexandriner", Alexandrinenstr 37a.

Die Branchenleitung.

Die Lokomotivheizer wenden sich in einem Aufruf an die Oeffentlichkeit, in dem sie darauf hinweisen, daß sie in der Besoldung stark benachteiligt werden. Ihr Dienst sei ein sehr verantwortungsvoller. Die Regierung sei der Meinung, daß es unmöglich sei, die Heizer in ihrer Anfangstellung in Gruppe 4 einzustufen. Sie wollen die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Ungerechtigkeit lenken, damit ihren bescheidenen Wünschen Rechnung getragen werde. Berechtigt sind diese Wünsche. Es wird Sache der parlamentarischen Vertreter sein, den Lokomotivheizern zu ihrem Recht zu verhelfen.

Ausgesperrte Buchbinder aus dem Zeitungsgewerbe. Heute abend 5 Uhr findet die Branchenversammlung der Buchbinder statt. Es ist Pflicht aller Kollegen, dort zu erscheinen.

Die Branchenleitung.

Groß-Berlin

Unternehmersabotage

Kürzlich ging eine Notiz durch die Presse, daß das Landesarbeitsamt Groß-Berlin auf seinen Antrag von den zuständigen Reichsstellen Mittel in Höhe von 9½ Millionen Mark erhalten hat, die in Form von Zuschüssen für Renovierungen an Häusern und Wohnungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Bauberufe verwendet werden sollen.

Zuschüsse erhält jeder Vermieter oder Mieter auf Antrag für solche Reparaturarbeiten, an denen Arbeitslose oder solche Arbeiter beschäftigt werden, die voraussichtlich in der allernächsten Zeit arbeitslos werden könnten. Zweck der Zuschüsse ist es nicht nur, einen Anreiz zum Renovieren von Wohnungen zu geben, sondern hauptsächlich, den Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen. Aber nicht nur die oben genannte Summe steht für diesen Zweck zur Verfügung, sondern auch die Kommune Groß-Berlin hat zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 360 Millionen Mark bereit gestellt. Alle Arbeiten sollten nun so schnell wie möglich in Angriff genommen werden, um das Heer der Arbeitslosen zu verringern. Aber nun zeigt sich wieder, wie die Arbeitgeber alle Maßnahmen der Behörden sabotieren. In der „Allgemeinen Maler-Zeitung", Nr. 1, 19. Jahrg., vom 2. Oktober 1920, schreibt der „Gauverband Norddeutschland" für das Malergewerbe, gez. Hansen, Dünkel, Müller, über Arbeitsstreckung im Malergewerbe nach den Verordnungen des Reichsarbeitsministers von 12. Februar 1920 folgendes:

„. . Das Bemühen unserer Verbände, Innungen und jedes einzelnen Meisters um Arbeit für den Winter muß jetzt mit ganz besonderer Vorsicht geschehen. Wir raten dringend, keine Arbeiten anzunehmen, wozu die Neueinstellung von Gehilfen nötig ist, wenn man sie nicht dauernd, mindestens bis zum Frühjahr beschäftigen kann. Oder man suche die Arbeiten so einzuteilen, daß man alle Aufträge mit seinen alten Leuten bewerkstelligen kann. Bei einigermaßen gutem Willen wird man die Kundschaft bewegen können, die Arbeiten liefern zu lassen, wenn der Betrieb flauer wird."

Also wird dringend geraten, keine Arbeiten anzunehmen, die Kundschaft, die wirklich noch etwas renovieren lassen will, unter Ausnutzung der Zuschüsse unter allen Umständen abreden, damit nur keine Arbeit beschafft wird. Die Arbeitslosen sind verdammt, ewig arbeitslos zu bleiben und vollständig zu verelenden, während sich die Herren Arbeitgeber heuchlerisch entrüsten, daß die Arbeiter nicht arbeiten wollen, und die Behörden mit Anträgen bombardieren, den achtstündigen Arbeitstag zu beseitigen.

Wenn auch die Arbeitgeber bereits immer nach dem empfohlenen Rezept gearbeitet haben, so ist doch bemerkenswert, daß die Organisation noch glaubt, dazu auffordern zu müssen. Bezeichnend ist noch, daß der Unterzeichner Hansen Mitglied des Reichswirtschaftsrates ist und, nach dem Charakter der Notiz zu urteilen, zur Partei für den Wiederaufbau gehört. Der Befähigungsnachweis für beides erscheint mit obiger Notiz erbracht.

Man könnte eigentlich Herrn Hansen dankbar sein für seine Aufklärungsarbeit, denn es muß doch nun bald einem jeden, auch den Behörden, klar werden, daß mit dem privatkapitalistischen Unternehmertum ein wirtschaftlicher Aufbau und somit eine durchgreifende Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht möglich ist. Die Kommunen werden hieraus die Erkenntnis schöpfen, so schnell wie möglich alle Notstands- und städtischen Arbeiten in eigner Regie ausführen zu lassen und auf schleunigste Kommunalisierung der Baubetriebe hinzuwirken. Die Arbeiterschaft wird hierzu tatkräftig Hilfe leisten.

Im übrigen möchten wir das Reichsarbeitsministerium, Reichswirtschaftsministerium und auch das Landesarbeitsamt Groß-Berlin auf obigen Herren und Organisation aufmerksam machen.

Die Beschaffungsstelle in der Gotzkowskystraße

In einer Zeitschrift für Kriegsverletzte ist folgende Klage zu lesen:

Vor einigen Tagen war ich gezwungen, als Schwerkriegsbeschädigter (Oberschenkelamputierter) auf der Beschaffungsstelle, Gotzkowskystraße 20, die Reparatur meines Kunstbeines zu erbitten. Um ½11 Uhr wurde ich dort vorstellig. Als ich eintrat, wimmelte der schmale Gang von Antragstellern. Nur mit Mühe konnte ich mir meinen Weg zur Anmeldung bahnen mit der Hoffnung, keinem meiner verwundeten Kameraden auf die verwundeten Glieder zu treten. Ich trug meine Wünsche vor und erfuhr dann, daß vor mir noch 28 Kameraden auf die ärztliche Genehmigung warten mußten. Ich machte mich auf eine längere Wartezeit gefaßt. Der Warteraum ist ein schmaler Gang von 1½ Meter Breite und 8 Meter Länge. Für ungefähr 15 Personen waren nur Sitzplätze vorhanden, so daß die größte Zahl der Wartenden, u. a. auch ich, stehen mußten. Nach 12 Uhr war ich abgefertigt. Ueber 1½ Stunden mußte ich stehend warten. Die Kameraden, die noch einigermaßen stehen konnten, übten selbstverständlich Rücksicht und überließen die Sitzplätze denjenigen, welche entl. doppelamputiert waren oder schwere Beinverstümmelungen hatten. Es ist eine zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit, uns Kriegsopfern so etwas zu bieten. Warum behandelt man uns so rücksichtslos? Unbedingte Pflicht der Kriegsbeschädigtenorganisationen wäre es hier, ein soziales Werk zu tun und bei zuständigen Behörden auf Abhilfe zu dringen! So wie in allen Fragen der Fürsorge — siehe Reichsversorgungsgesetz — so behandelt man uns Verletzte auch hier als ein notwendiges Uebel. Genau die gleichen mangelhaften Raumverhältnisse sind in der in denselben Räumen befindlichen Staatsfabrik der Fall. Kein Ankleideraum ist vorhanden, von den übrigen Sachen zu schweigen. Warum benutzt man nicht die leerstehenden Kasernen oder die Räume der aufgelösten Kriegsgesellschaften, sondern entzieht den Wohnungsuchenden bei dem bestehenden Mangel noch die Privatwohnung.

Es ist zu verlangen, daß die geschilderten Uebelstände so schnell wie möglich beseitigt werden.

Postdienst und Hilfspersonal. Die von der Oberpostdirektion Berlin an die Berliner Bevölkerung gerichtete Mahnung, die Adresse auf den Briefen, Postkarten usw. genau anzugeben, weil das zur Zeit beschäftigte Hilfspersonal nicht den vollen Anforderungen entspräche, trifft nicht zu. Das Hilfspersonal hat sich jederzeit für den Postdienst als zuverlässig und tüchtig erwiesen. Es ist seit Jahren in den Postbetrieb eingebaut und verrichtet seine Arbeit, Seite an Seite mit den Postbeamten, von dem Wunsche beseelt, nur der Allgemeinheit zu dienen. Der sogenannte Bestelldienst wird zum größten Teile von Beamten versehen, da die Verwaltung bestrebt ist, die Posthelfer soviel wie möglich aus dem Außendienst herauszuziehen. Das Vorgehen der O. P. D. Berlin ist nach Meinung des Bezirksbetriebsrates einzig von dem Grundsatz diktiert, das freigewerkschaftlich organisierte Hilfspersonal aus dem Postbetrieb herauszudrängen, um den alten Zustand der Vorkriegszeit wieder einzuführen. Die Berliner Bevölkerung wird gebeten, sich nicht durch die Machenschaften der Postverwaltung irritieren zu lassen, damit das gute Einvernehmen zwischen Posthelfern und Publikum gewahrt bleibe.

Volkshochschule Groß-Berlin. Arbeitsstätte Neukölln. Die Anmeldungen zu den Sprachkursen (Englisch, Französisch, Russisch und bei genügenden Meldungen auch Spanisch) werden werktäglich von 10 bis 1 und 5 bis 7, Sonnabends nur von 10 bis 1, vom 7. bis 16. Oktober cr. im Rathaus, Zimmer 218 (2 Treppen) entgegengenommen.

Aus den Organisationen

17. Verwaltungsbezirk, Lichtenberg, Friedrichsfelde, Karlshorst usw. Sonntag, den 10. Oktober, vormittags 10 Uhr, Sitzung der Bezirksverordneten im Rathaus Lichtenberg, Sitzungssaal.

6. Distrikt. Dienstag, den 12. September, abends 7 Uhr, findet im Lokal von Greßmann, Weberstraße 24a, eine Distriktskonferenz statt. Sämtliche neugewählte Funktionäre, auch Kommissionsobleute, haben zu erscheinen. — Handzettel zur General-Versammlung sind vom Montag 4 Uhr ab von Spedition Lode, Markusstraße 23, abzuholen.

17. Distrikt. Sämtliche der Bibliothek entliehenen Bücher sind bis spätestens Dienstag, den 12. Oktober, an die Bibliothek, Lüderitzstraße 53, abzugeben. Eine Neuausgabe von Büchern kann zur Zeit nicht erfolgen. Die geliehenen Bücher sind Privateigentum des Genossen Spalmann.

5. Distrikt. Heute abend 7 Uhr Sitzung der Zeitungskommission bei Schwelkardt, Alte Schönhauser 24.

6. Distrikt, 7. und 8. Abteilung. Die für heute angesetzten Zahlabende fallen aus und finden nächste Woche Mittwoch statt.

Brits. Sonnabend, den 9. Oktober, abends ½8 Uhr, Funktionärsitzung im Lokal von Schröder, Chaussee-, Ecke Fr.-Körnerstr. Die Mitglieder sämtlicher Kommissionen, Bezirks- und Unterkassierer sind eingeladen.

Vereinskalender

Zentralverband der Arbeitsinvaliden Deutschlands, Bezirk Gesundbrunnen, Norden II. Sonntag, den 10. Oktober, vorm 10 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal von E. Schurzmann, Stettiner Straße 11. Gäste willkommen.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 11 (Holz- und Möbel-Industrie und -handel): Mitgliederversammlung am 8. Oktober, abends 7½ Uhr, Reichshalter Hof, Rosenthaler Str. 11-12. — Fachgruppe 12 c (Kohlengroßhandel): Oeffentliche Versammlung aller Funktionäre, Betriebsräte und Angestelltenräte am 8. Oktober, abends 7½ Uhr, Verbands-Lokal, Belle-Alliance-Str. 7-10. — Fachgruppe 15 c (Kersmann-Konzern und -Filialen): Mitgliederversammlung am 8. Oktober, abends 7 Uhr, Löwenbrauerei, Hochstr. 2.

Zentral-Verband der Schuhmacher. Konferenz sämtlicher Vertrauensmänner, Betriebsräte und Erlaßleute der Fabrik- und Schichtbranche am Freitag, den 8. Oktober, abends 6 Uhr, bei Wilke, Sebastianstr. 68.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer (Transportarbeiterverband), Gruppe Schlachthäuser und Zuckerwarenfabriken. Sonnabend, den 9. Oktober 1920, abends 7 Uhr, im Schultheiß-Saal, Neue Jakobstr. 24-25, allgemeine Versammlung für sämtliche in obigen Betrieben tätigen berufsfremden Handwerker, Heizer, Maschinisten, Transportarbeiter usw. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Die in obigen Betrieben tätigen Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Konditoren haben ebenfalls Zutritt. Die Branchenleitung.

Verband der Köche und Verband der Gastwirtsgehilfen, Sektion 4 (Köche). Gemeinsame Versammlung am Freitag, den 8. Oktober 1920, nachts 11½ Uhr, in Hoppelands Festsälen, Neue Friedrichstr. Tagesordnung: „Der Zwangsurlaub zu Gunsten der erwerbslosen Kollegen." Jeder Kollege, ob in Stellung oder erwerbslos, ist verpflichtet, die Versammlung zu besuchen. Hillt, Hoffmeister.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, V. a. G., Hamburg, Filiale Braunschweigerstr. Den Mitgliedern, welche in Treptow wohnen, zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 9. Oktober, abends von 8½—10 Uhr, im Lokal von Berch, Elsenstr. 101, Ecke Kiefholzstr., kassiert wird.

Sozialistische Proletarier-Jugend Charlottenburg. Die Genossen treffen sich zur Vornahme wichtiger Organisationsarbeit Freitag 7 Uhr im Lokal Kollnerstr. 7.

Die Gruppenleitung.

Sozialistische Proletarier-Jugend, Gruppe Osten. Heute 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Bruhn, Wemeler Str. 30.

Sozialistische Proletarier-Jugend, Gruppe Süden. Heute 7 Uhr pünktlich 1. Vortragsabend: Geschichte des Sozialismus. Kel. Jugendgenosse F. Neumann, 112. Gemeindeschule, Klassenzimmer 18, Waterloostr. 31. Jugendliche willkommen.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin e. V. Sonnabend, den 9. Oktober, Schule Hinter der Garnisonkirche 2: Abends 7 Uhr Sitzung des Zentralvorstandes und des technischen Ausschusses, abends 8 Uhr Kreisvertreter und Abteilung für Besonderes. Gleichzeitig Druckschriftenausgabe.

Arbeiter-Stenographen-Verein Stolze-Schrey. Uebungsabende: Montags: Adalbertstr. 24 bei Lehmann; Dienstags: Moabit, Bremer Str. 15-17, Gemeindeschule und Schöneberg, Apostel-Paulus-Str. 35, bei Baum; Donnerstags: Stralsunderstr. 6, Gemeindeschule, und Görlitzer Str. 21, Gemeindeschule; Freitags: Weißensee, Berliner Allee 220, bei Bäder und Marienbad, Kaiserstr., Gymnasium. Alle Kurse beginnen abends ½8 Uhr. Aufnahme jederzeit. Schriftliche Auskunft erteilt Alexander Urban, Schöneberg, Eisenacher Str. 64.

Schwimm-Verein „Korvörös". Reservierter Badeabend Dienstags von 7—8 Uhr an der Schillingbrücke.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde". Alle Genossen, die Interesse haben, treffen sich zum Pflanzen auf unserm Grundstück Sonntag 10 Uhr. Abfahrt Sonnabend 6.37 Uhr, Abfahrt Sonntag früh 5.49 Uhr.

Arbeiter-Wandererverein „Berlin". Sonntag, den 10. Oktober, Herbstwanderung durch die Bötzenheide. Finkenkrug—Brieselang—Raven. Abfahrt 7.15 Uhr Lehrter Bahnhof. Gäste willkommen.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Liebschitz, Berlin-Friedenau. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kamentzer, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit". Druckerei G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Freiheit-Buchhandlung
Breite Straße 8—9
Bis 6 Uhr abends geöffnet
Sonnabends bis 4 Uhr.

Landhäuschen
2 Stub., Kammer, Küche, Obdg., sof. beziehb., zu verk. 50 Min. ab Ank.-Bhf. Auskunft: Grimm, Eisenacher Straße 34. Noll. 3362

Achtung, Brautleute!
1 Dukaten-Trauring
900 gestempelt 150 Mk. an
585 „ 105 „ „
333 „ 65 „ „
inkl. Luxusetuis.
Jeder Ring ist tadellos aus massivem Golde hergestellt bei voller Garantie für Feingehalt! jede Größe am Lager.
G. Alb. Thal
Erstes Berliner Spezialgeschäft für Trauringe.
C 19, Seydelstraße 5
(Spittelmarkt).
Eigene Fabrikation.

Wasch 450!
deutsche Kernseife (helle Ware) und sonstige Kerne u. Toilettenseifen und Kerzen billigst
H. Specht Nachf.
Rosenthaler Straße 13
Fernsprecher: Norden 516

Kaufe alte Gebisse
pro Zahn 12.— M., Kopfstähne 6.— M., Brennsilber von 50-150 M., Platin-, Gold- und Silberschrott zum höchsten Tagespreis
Donau-Straße 6
im Laden, täglich von 6-7 Uhr.

Für die schulentlassene Jugend
Ins Leben hinein
Für die Jugend zusammengestellt von
Gg. Engelbert Graf
Reicher Inhalt — Gebunden 8.— M. — Gute Ausstattung
Organisationen wollen sich des Bezuges wegen direkt wenden an die
Verlagsgenossenschaft Freiheit e. G. m. b. H.,
Abteilung Buchhandel: Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Fahrradgummi wieder billiger!

Neue Laufmäntel, 28×1½, 55.— M., 60.— M., 65.— M., 75.— M.
Luftschläuche 20.— M., 25.— M. Versand nach außerhalb gegen Nachnahme.
Neue Herrenfahrräder mit Gummibereifung 550.— M.
Elegante Tourenräder mit prima Gummi-Bereifung, Freilauf und Rücktrittbremse, Glocke und Laterne . . . . . 750.— M., 850.— M.
Neue Damenfahrräder mit pr. Gummibereifung 650.— M.
Gebrauchte Räder, große Auswahl. Karbidtischlampen 3.—, 4.50, 10.—, 15.—, 25.— M. Preis Karbid Kilo 5.— M.
ERNST MACHNOW, Weinmeisterstr. 14. Größtes Fahrradhaus Berlins.